Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen bei freier Zustellung ins Haus monatlich 65 Pfg. Durch die Post vierteljährlich 1,95 Mk. ohne Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheint täglich mittags
außer an Sonn- und Feiertagen.

Redaktion:
Schulstraße 20, 2 Treppen.
Eingang Lützowstraße.
Telephon-Nr. 2935.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Inseraten-Annahme
bis ½9 U. vorm., größere Inserate bis nachmittags 5 Uhr tags zuvor.

Expedition:
Schulstr. 20. Telephon-Nr. 358

Nr. 48. Bielefeld, Mittwoch, 26 Februar 1913. **24. Jahrg.**

Das Zentrum in Nöten.

Mit Unbehagen sehen die schlauen Taktiker des Zentrums den Zeitpunkt heranrücken, an dem die neue Militärvorlage samt Deckungsvorlage dem Reichstag unterbreitet werden wird und es heißen wird, klar und unzweideutig zu ihr Stellung zu nehmen. Sie haben sich schon oft in schwierigen Lagen befunden, und noch immer ist es ihrer aalglatten Geschicklichkeit gelungen, sich mit mehr oder weniger Anstand herauszuwinden. Diesmal türmen sich aber die Schwierigkeiten so bergehoch, daß sie nicht mehr wissen, was sie tun und was sie lassen sollen.

Ein Konflikt mit der Regierung und eine Auflösung des Reichstags verspricht Gewinn an eigener Popularität und eine Stärkung der Konservativen sowie des rechten Flügels der Nationalliberalen. Für ein Zentrumsherz läßt sich ja wirklich auch kein erfreulicheres Schauspiel denken, als daß der Liberalismus die vor einem Jahr so begeistert begrüßte sogenannte „Mehrheit der Linken" kaputt schlägt und der schwarzblauen Mehrheit wieder in den Sattel verhilft.

Auf der anderen Seite aber droht dem Zentrum aus einem neuen Konflikt nicht nur vollständige Isolierung bei den Wahlen, sondern auch der Verlust all jener Positionen, die es sich zum Lohn für seine „nationale" und „staatserhaltende" Haltung errungen hat, droht vor allem als schmerzlichste Folge der Sturz des klerikalen Ministeriums Hertling in Bayern, dieses Stolzes und verhätschelten Schoßkindes der schwarzen Partei.

Die bedrohte Münchener Regierung gibt sich denn auch keine Mühe, ihre Angst vor solcher Entwicklung zu verbergen. In ihrer „Bayerischen Staatszeitung" richtet sie in Form einer Attacke auf die Sozialdemokratie einen Appell an ihre eigenen Freunde, von deren Haltung bei der Militärvorlage die Zukunft ihrer Ministerherrlichkeit abhängt. Zum Schein immer nur gegen die Sozialdemokratie gerichtet, schreibt sie:

Eine bedauerliche Erscheinung ... ist es, daß das deutsche Volk sich vollkommen hat daran gewöhnen müssen, in seinen Berechnungen, die es für die Erhaltung und Stärkung seiner Wehrfähigkeit aufstellt, die Sozialdemokratie als negative Größe einzusetzen. Es ist ja jedermann sich klar darüber, daß kein wie immer gearteter Appell imstande sein wird, den Sinn dieser Partei zu ändern. Was aber nottut, ist, bürgerliche Kreise darauf hinzuweisen ... Niemand könnte den bürgerlichen Kreisen Deutschlands in ähnlicher drastischer Weise das wahre Wesen dieser Partei darlegen, als sie es selber jedesmal tut, wenn sie, den Hohn kaum verbergend, dem Schutz der Lebensinteressen des Reiches ihre Mitwirkung versagt.

So lange der Freiherr v. Hertling noch nicht Ministerpräsident, sondern klerikaler Reichstagsabgeordneter war, hat er sich nicht darüber beklagt, daß das Zentrum in seinen Berechnungen gewisser Abstimmungen von vornherein die Sozialdemokratie als negative Größe einsetzen konnte. Auch jetzt noch wird dieser aus taktischen Gründen bedauerliche, aber nun einmal nicht abänderliche Zustand von der Zentrumsfraktion des Reichstags als große Annehmlichkeit empfunden. Das merkt man besonders deutlich dann, wenn sich die Berechnungen der schwarzen Taktiker in dem einen oder dem anderen Fall als nicht ganz richtig herausstellen. Dann kann man den Ingrimm und die Enttäuschung über die angeblich „prinzipienwidrige" Haltung der Sozialdemokratie den Herren von den Gesichtern ablesen.

So hat sich das Zentrum z. B. eingebildet, die Sozialdemokratie müsse sich wegen ihre Militärgegnerschaft aller positiven Mitarbeit bei der Lösung der Deckungsfrage enthalten, und sie könne auch dem Petroleummonopol gegenüber keine andere als eine grundsätzlich negierende Haltung einnehmen. Da aber die Sozialdemokratie keine Neigung zeigt, die besitzenden Klassen für den Fall, daß die Militärvorlage dennoch angenommen würde, vor einer tüchtigen Besteuerung zu verschonen, und da sie sich ferner, unbekümmert um die taktischen Bedürfnisse des Zentrums, bemüht zeigt, die Petroleumfrage einer nützlichen Lösung zuzuführen, fühlt sich das Zentrum verraten und verkauft und ergießt seinen Zorn in Artikel der schwarzen Provinzpresse, in denen die Sozialdemokratie blödderweise als militärfromm und regierungsfreundlich dargestellt wird.

Während nun die kleine Zentrumspresse ihren Lesern solche alberne Märchen aufschwätzt, fühlt sich das bayerische Hertling-Masse-Organ bemüßigt, die Sache am umgekehrten Ende anzufassen, und die „bürgerlichen Kreise" darauf hinzuweisen, daß diese — angeblich militärfromme und regierungsfreundliche — Partei „dem Schutz der Lebensinteressen des Reiches die Mitwirkung versagt." Welche bürgerlichen Kreise durch solchen Hinweis in ihrer Stellung zur Militärvorlage erzieherisch beeinflußt werden sollen, ist ohne weiteres klar. Es sind jene Kreise, die in den „Historisch politischen Blättern" schreiben:

Eine Entscheidung hochpolitischer Art fällt bei der neuen Militärvorlage; das Schauspiel der glatten Annahme vom Mai 1912 wiederholt sich wohl nicht. Die Regierung hat das Vertrauen des Volkes getäuscht; man kann nicht jedes Jahr, so oft Ueberschüsse da sind, mit einer neuen Militärvorlage kommen; so wird die Sache zum Sport, der Kriegsminister und der Reichstag zum Gespött, und das Vertrauen sinkt ... Es kann hier zum „großen Krach" kommen; die Aussichten nach einem harmonischen Ausgleich sind nicht allzu groß.

Der kundige Graf Oppersdorff will freilich an seiner antibachemitischen Zeitschrift „Wahrheit und Klarheit" diese drohenden Worte nicht allzu tragisch nehmen. Er meint, Herr Julius Bachem und die Augustinuspresse würden schon dafür sorgen, daß sich über die Militärvorlage die Gemüter nicht erhitzen und daß es zu keinem „großen Krach" kommt:

Es fällt dem Kölner Figaro auch nicht im Traume ein, der Regierung gegenüber die „letzte Konsequenz" zu ziehen und einen Konflikt mit dem Reichskanzler herbeizuführen. Freund Erzberger wurde bald — und wie! — zurückgepfiffen, als alte Oppositionslust in ihm erwachte und sich zum Eichkätzchensprung auf den Staatssekretär der Marine anschickte. Julius Bachem weiß ein gutes Einvernehmen mit der gegenwärtigen Regierung viel zu hoch einzuschätzen.

Aber was dem „Kölner Figaro" nicht im Traume einfällt, das raubt dem Münchener Ministerpräsidenten den Schlaf der Nächte: die Furcht vor einem „großen Krach", bei dem neben anderen schönen Dingen auch das Ministerium Hertling in die Versenkung verschwinden könnte.

Die „Patrioten" von Schöneberg.

Nach Berlin Schöneberg! Die Berliner Genossen gelten als radikal und wenn die nicht mit Herrn Cassel feiern wollten, so gab es Leute, die behaupteten, die „gemäßigteren" Sozialdemokraten billigten ihre Haltung nicht. Aber in Schöneberg war es Eduard Bernstein, der mit den Liberalen wegen der Hundertjahrfeier in Konflikt geriet, und Eduard Bernstein steht doch nicht im Geruch des Radikalismus, sondern gehört zu denen, die der gute Bürger gelegentlich gegen die anderen ausspielen zu können glaubt. Er hat einen Ordnungsruf erhalten, weil er sich ungehörig über „Könige von Preußen" ausgesprochen haben soll, und die „Kreuzzeitung" sagt ihm nach, er habe seinen Haß gegen die Hohenzollernmonarchie in einer Weise zum Ausdruck gebracht, daß ihn darum selbst ein Liebknecht der Jüngere beneiden könnte.

Der sozialdemokratische Redner hat über Friedrich Wilhelm III. ein Urteil gefällt, in dem zahlreiche Historiker, selbst konservativer Richtung, mit ihm übereinstimmen. Er hat die abfällige Kritik seiner Fähigkeiten sogar noch durch die Bemerkung versüßt, er sei ein sympathischer Mensch und nicht schnoddrig gewesen. Dem liberalen Herrn Bamberg aber schwoll sein Preußenherz und mit zornbebender Stimme bedauerte er im Namen aller bürgerlichen Stadtverordneten, daß so über einen preußischen König gesprochen werde. So allweg gut hohenzollernsch wie Herr Cassel in Berlin ist Herr Bamberg in Schöneberg noch immer, und er reckt sich auf und stellt sich schirmend vor Friedrich Wilhelm III., von dem selbst die Herrn Bamberg befreundete „Vossische Zeitung" am Dienstag abend, allerdings ohne es offen auszusprechen, zugeben muß, daß er eigentlich die heiße Liebe der liberalen Stadtverordneten nicht ganz verdient.

Das Pathos der Herren Cassel und Mommsen hat schon reichlich komisch gewirkt. Aber was in Schöneberg nachkam, das war schon eine Groteske. Eine Groteske, bei der man nicht recht weiß, ob man über die Hauptfigur, das liberale Bürgertum, lachen oder weinen soll.

•

Ueber den Verlauf der Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg wird noch berichtet:

Ein großes Muster weckt Nacheiferung. In Schönebergs Stadtverordnetenversammlung gaben sich am Montag die bürgerlichen Gruppen Mühe, in einer Debatte über die Hundertjahrfeier ein ähnliches Quantum „patriotischer Entrüstung" gegenüber der Sozialdemokratie zustande zu bringen, wie in Berlin der Stadtfreisinn aus gleichem Anlaß es sich geleistet hatte.

Zur Hundertjahrfeier will Schöneberg nicht, wie Berlin, einen gemeinsamen Kirchgang von Christen, Juden und Heiden veranstalten, sondern den notleidenden Veteranen eine Unterstützung gewähren. Da aus der Bevölkerung bei einer Geldsammlung für die Veteranen nur ganze 2600 Mk. zusammengekommen waren, so beantragte die liberale Fraktion, den Magistrat um eine Beisteuer in gleicher Höhe zu ersuchen. Stadtverordneter Haselbach hob zur Begründung hervor, daß der bisher zusammengebrachte Betrag für die 220 würdigen und bedürftigen Veteranen, unter die er verteilt werden solle, zu gering sei. Die sozialdemokratische Fraktion hielt auch eine Erhöhung des Betrages um 2600 Mk. für bei weitem nicht ausreichend und beantragte, die von dem Magistrat zu fordernde Summe auf 5000 Mk. zu bemessen. Die Begründung, die diesem Antrage beigegeben wurde, behagte den bürgerlichen Gruppen ganz und gar nicht.

Der Antrag unserer Genossen lautet so: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, zur Erinnerung an die Volkserhebung des Jahres 1813 und zum Gedächtnis der in jener Erhebung gegen unerträgliche Gewaltherrschaft Gefallenen an unterstützungsbedürftige hiesige Veteranen die Summe von 5000 Mk. aus städtischen Mitteln zu verteilen."

Genosse Bernstein führte etwa folgendes aus: Ein Antrag zugunsten von Hilfsbedürftigen kann bei unserer Fraktion stets wohlwollender Aufnahme sicher sein. Wir sind grundsätzlich Gegner der Kriege und des Kultus der Kriege. Wir erkennen aber an, daß diejenigen, die in den Kriegen für ihr Land gekämpft haben, Anspruch auf Unterstützung durch ihr Land haben. Nun gilt der Antrag Haselbach dem Gedächtnis des Aufrufs „An mein Volk!" Dieser Aufruf bildete in dem Befreiungskampf, den 1813 das Volk führte, sicher einen bemerkenswerten Akt, aber er hat ihm nicht seine Bedeutung gegeben. Die Erhebung zur Abwerfung des unerträglichen Joches des aus einem Träger des Revolutionsgedankens zu einem Despoten gewordenen Napoleon ging nicht von dem Aufruf aus. In unseren Tagen macht die Tendenz sich aufdringlich bemerkbar, große Bewegungen zu monarchistischen Zwecken auszunützen. Nicht nur wir Sozialdemokraten, die wir aus Grundsatz Republikaner sind, sondern auch die anderen Parteien, die an dem monarchischen Gedanken festhalten, dürfen schon aus Selbstachtung bei der Feier jener Zeit keine Fälschung aufkommen lassen. Das Bürgertum und ein Teil des Adels — das Proletariat kam damals noch nicht in Frage — haben die Bewegung geschaffen, und erst als sie da war, entschloß sich Friedrich Wilhelm III. zu dem Aufruf „An Mein Volk!". Ich will hier nicht auf das geschichtliche Urteil über Friedrich Wilhelm III. eingehen. Aber eins muß man sagen: schnoddrig war er nicht. Er gehörte nicht zu denen, die, was andere getan haben, sich selber anrechnen. Zur Erinnerung an die damalige Erhebung des Volkes dem Antrage eine entsprechende Form zu geben, halten wir für notwendig. Wir muten Ihnen nichts zu, was gegen Ihre Grundsätze wäre. Ueber jenen Aufruf hat noch im Jahre 1813 Fichte in einer die Frage der Gestaltung Deutschlands behandelnden Schrift gesagt: „Wenn der unterjochte Fürst an sein Volk appelliert, heißt das: Wehrt euch, damit ihr nur meine Knechte seid und nicht eines Fremden?" Als Toren hat Fichte die bezeichnet, die so denken.

Stadtverordneter Fritz Bamberg (Lib. Fr.): Die ganze Rede des Stadtverordneten Bernstein paßte nicht in die Stadtverordnetenversammlung, sondern gehört in eine sozialdemokratische Wählerversammlung. (Große Unruhe.) Ich kann im Namen aller bürgerlichen Stadtverordneten sprechen und sagen, daß wir es aufs tiefste bedauern, daß in der Weise von einem preußischen Könige gesprochen wird, wie es Bernstein getan hat. (Lärm bei den Sozialdemokraten; Zustimmung bei den Liberalen; Stadtverordneter Küter (Soz.) ruft: Das haben Sie wohl vom Berliner Stadtverordneten Cassel gehört!) Wir begrüßen den Antrag mit besonderer Freude, denn wir sind überzeugte Monarchisten. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich bin überzeugt, wenn Freiherr von Stein und seine Freunde gewußt hätten, daß ihr Geist hier in diesem Sinne zitiert würde, sie würden sich im Grabe umdrehen! (Großer Lärm.) — Nachdem der Vorsteher, Graf v. Matuschka, wiederholt die Glocke zur Wiederherstellung der Ruhe in Bewegung gesetzt hatte, teilte Stadtverordneter Jatzow (Lib. Vg.) mit, daß seine Fraktion dem liberalen Antrage zustimmen werde.

Stadtverordneter Eduard Bernstein (Soz.): Vor einer sozialdemokratischen Wählerversammlung hätte ich noch viel mehr zu sagen. Ich muß Verwahrung dagegen einlegen, daß meine Rede geeignet war, die Gefühle patriotischer Gemüter zu verletzen. Wir beantragen die Gabe zur Erinnerung an einen Befreiungskampf des Volkes, und erkennen sogar diesen Befreiungskampf an. Gerade das Bürgertum hat damals die Dinge anders beurteilt, als Sie es jetzt tun. Vergessen Sie nicht, was der größte deutsche Dichter Goethe gesagt hat, als man ihn fragte, weshalb er denn diesen Krieg nicht gefeiert habe. Goethe antwortete darauf: Dies habe ich Jüngeren überlassen, wie Körner; für die paßte dies mehr, und außerdem roch mir der Krieg zu sehr nach Juchten und Kosaken. Wenn jemand mir heute das sagen würde, gälte er als Antipatriot. Stein hat gleichfalls dem König die Wahrheit ins Gesicht gesagt. Das war Männerstolz vor Königsthron! Es sind viel schärfere Worte aus dem Bürgertum gegen Friedrich Wilhelm III. gefallen, als ich jetzt sagte. Erst kürzlich haben sogar Konservative gewagt, einen Herrn aus Ostpreußen zu verteidigen gegen eine Herabsetzung aus Königs Mund! (Großer Lärm im ganzen Hause. Zwischenrufe: Petkuser Roggen!)

Mit einem nochmaligen Geplänkel zwischen dem Stadtverordneten Bamberg und unserem Genossen Bernstein endete die Debatte.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion von den Bürgerlichen abgelehnt und dann der Haselbachsche Antrag angenommen.

Was dieser Beschluß den notleidenden Veteranen gewährt, ist wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Werden sie sich mit der „patriotischen Entrüstung" der Schöneberger Stadtverordneten trösten? Satt wird von ihr kein Veteran werden.

•

Liberale Schildbürger.

Ihren liberalen Schöneberger Freunden schreibt die „Berliner Volkszeitung" ins Stammbuch:

„Man kann nicht sagen, daß die Liberalen in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg sonderlich geschickt gewesen wären. Sie hatten sich gegenüber der von Eduard Bernstein in Sachen der Jahrhundertfeier abgegebenen Erklärung so tief in ihr „monarchisches Bewußtsein" verbiestert, daß sie nicht mehr wußten, wie weit sie in der Verteidigung Friedrich Wilhelms III. gehen durften, ohne der historischen Wahrheit ins Gesicht zu schlagen. Weil sie in ihrem blinden Eifer jeden Maßstab verloren hatten, verdarben sie ihre Sache und verhalfen den Sozialdemokraten zu einem Triumph, wie ihn diese in seiner vollendeten Unbestrittenheit schwerlich erhofft hatten. Das war das Peinliche in der gestrigen Auseinandersetzung zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten!

Auch ein liberaler Stadtverordneter von Schöneberg sollte wissen, daß niemand von allen Zeitgenossen der Befreiungskriege weniger ein Anrecht darauf hat, gefeiert zu werden, als Friedrich Wilhelm III., der zu allem, was damals zur Abschüttelung Napoleons geschah, von den besten Köpfen der Zeit in einer wahren Pferdearbeit erst gedrängt werden mußte, und der seinen Widerstand gegen die Erhebung des preußischen Volkes erst dann aufgab, als ihm von den höchsten militärischen Beratern mit der — Revolution und dem Verlust des Thrones gedroht wurde. Diese historischen Tatsachen sind nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen, und es macht einen sehr üblen Eindruck, wenn liberale Schildbürger so reden, als ob auch nur der tausendste Teil der Großtaten, die damals das preußische Volk verrichtete, dem Könige von Preußen gutgeschrieben werden müßte. Nicht einmal auf den hunderttausendsten Teil davon hatte der damalige König Anspruch.

Auch nach der Befreiung des Landes von der Fremdherrschaft durch die bewunderungswürdige Aufopferungsfreudigkeit des Volkes — die Fürsten waren in diesem Punkte zu besonderen Anstrengungen weder bereit noch genötigt — auch nach all den vollbrachten Ruhmestagen des Volkes war das Verhalten Friedrich Wilhelms III. so, daß es vor der historischen Kritik niemals hat bestehen können. Es liegt also nicht der geringste Grund für einen liberalen Stadtverordneten irgendwo in Preußen vor, sich für einen Friedrich Wilhelm III. zu erhitzen. ....."

Liberale Stadtverordnete, denen alle diese feststehenden historischen Tatsachen böhmische Dörfer sind und die sich bis zur Siedehitze entrüstet fühlen, um einen Friedrich Wilhelm III. in öffentlicher Sitzung zu einem Säkularheiligen zu befördern, solche Schildbürger kompromittieren lediglich den Liberalismus.

Und das „Berliner Tageblatt", dem man in diesen Tagen wirklich keine übertriebene Freundschaft für die Sozialdemokratie vorwerfen kann, schreibt:

„Abgesehen von zwei Worten, die wir verurteilen, stimmen wir Eduard Bernstein, der „die Erinnerung an die Erhebung des ganzen Volkes" gefeiert sehen will, vollkommen bei, und wir glauben trotzdem, ebenso patriotisch und ebenso monarchisch wie Herr Fritz Bamberg zu sein. Patriotische und monarchische Gesinnung pathetisch und vordringlich zur Schau zu stellen und sich auf diese Weise bemerkbar zu machen, ist nicht nach jedermanns Geschmack. Und es entspricht ganz gewiß nicht dem Geiste jener schlichten, tapferen, unabhängigen — und auch vor Königsthronen unabhängigen — Männer, die dem preußischen Volke vor hundert Jahren den Weg zum Siege gezeigt."

Der Balkankrieg.

Vom Kriegsschauplatz.

Wien, 25. Februar. Mahmud Schewket Pascha, der Freitag von einer Inspektion der Truppen auf Gallipoli nach Konstantinopel zurückkehrte, äußerte sich, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, über die Lage befriedigt. Er wurde von den Soldaten mit Enthusiasmus begrüßt. Die Stimmung der Truppen, die gut verpflegt sind, wird als gute bezeichnet. Auch Berichte des Kommandanten der Tschataldschaarmee Izzet Pascha und des Generalstabschefs Hadi Pascha lauten günstig. Die Rückwärtsbewegung der bulgarischen Truppen von der Tschataldschalinie dauere an. Der Marine hat der Großwesir in den Dardanellen den Dank des Sultans für ihre Tapferkeit ausgesprochen und die Neuschaffung einer türkischen Flotte angekündigt, denn der Mangel einer solchen sei an allem Unheil schuld!

Konstantinopel, 25. Februar. Es heißt, daß ein türkisches Landungskorps Scharköj besetzt hat. Doch fehlt für diese Meldung die amtliche Bestätigung.

Konstantinopel, 25. Februar. Infolge heftiger Schneefälle ist vor Bulair, Adrianopel und Tschataldscha eine Kampfpause eingetreten.

Bulgarische Greuel.

Konstantinopel, 25. Februar. Das griechische Blatt „Neologos" veröffentlicht auf Grund von Berichten an das ökumenische Patriarchat einen langen aufsehenerregenden Bericht über Ausschreitung der Bulgaren gegen die griechische Bevölkerung Thraziens. Nach diesem Bericht sei der größte Teil der etwa 300 000 Seelen zählenden griechischen Landbevölkerung Südthraziens von Bulgaren niedergemetzelt worden. Besonders hätten die 75 000 Griechen des Sandschaks Tschataldscha gelitten; nur wenige von ihnen seien dem Verhängnis entronnen. Was von den Bulgaren nicht sofort getötet wurde, sei jetzt obdachlos und erliege der Kälte und dem Hunger. Das Blatt schreibt wörtlich: „Wo die Bulgaren den Fuß hinsetzten, blieb keine Spur menschlichen Lebens und menschlicher Wohnung. Alles wurde in Ruinen verwandelt. Der Schaden ist nie wieder gut zu machen." Der „Neologos" gibt eine lange Liste von Dörfern, die von den Bulgaren ganz oder teilweise niedergebrannt wurden, nachdem sie die griechischen Einwohner teils niedergeschossen oder niedergesäbelt, teils unter Bedrohung mit Handbomben vertrieben hatten.

Politische Uebersicht.

Der Landrat als Kandidat.

Im Wahlkreise Lüneburg-Winsen werden bei den kommenden preußischen Landtagswahlen zwei Landräte gegeneinander kandidieren. Der frühere Landrat von Winsen v. Flügge wird als konservativer Mandatsbewerber gegen seinen Nachfolger Herrn Ecker starten, der als Nationalliberaler im Abgeordnetenhause sitzt. Zugunsten des Herrn v. Flügge fand am Sonntag zu Lüneburg eine große Bündlerversammlung statt, die einige Momente von allgemeinem Interesse bot. Der konservative Kandidat machte über seinen Kollegen einige ironisch-höfliche Bemerkungen und fuhr dann fort:

Als ich gestern in Winsen meine alten Freunde aufsuchte, wurde vielfach der Gedanke laut, daß mancher aus Furcht vor dem jetzigen Herrn Landrat nicht wagen würde, seine Stimme gegen den nationalliberalen Abgeordneten Ecker abzugeben. Meine Herren, diese Furcht ist doch ganz unbegründet, und das muß sich mein Gegenkandidat von mir gefallen lassen, daß ich ihn vor diesem häßlichen Verdacht in Schutz nehme. Einen preußischen Landrat, der seinen politischen Aerger seine Kreiseingesessenen empfinden läßt, gibt es überhaupt nicht.

Wie mögen wohl die guten Winsener auf den merkwürdigen Gedanken kommen, daß es mißlich sei, bei den öffentlichen preußischen Wahlen gegen den Herrn Landrat zu stimmen? Wir nehmen an, daß sie durch die Versicherung, es gebe keinen Landrat, der die Kreiseingesessenen seinen politischen Aerger empfinden lasse, schon einigermaßen beruhigt sind, aber noch mehr dürfte zu ihrer Beruhigung die Erwägung beitragen, daß der Gegenkandidat des jetzigen Landrats der frühere Herr Landrat ist, und daß man es sie doch nicht gar zu hart entgelten lassen könne, wenn sie dem früheren Herrn des Kreises ihr Vertrauen bezeugten.

Nach dem Herrn v. Flügge sprach in der Lüneburger Versammlung der Freiherr v. Wangenheim und dann der unvermeidliche Dr. Hahn. Der Herr Bundesdirektor aber, dessen Name, wie die „Deutsche Tageszeitung" feststellt, in Hannover so viel wie eine ganze Armee bedeutet, schlug den nationalliberalen Landrat völlig tot. Er zitierte eine Rede von ihm, in der er es als ein verfassungsmäßiges Recht der Sozialdemokratie bezeichnet, wie jede andere Partei bei den Wahlen gehört zu werden und gegebenenfalls in den Parlamenten durch Abgeordnete vertreten zu sein. Diese Auffassung findet der Dr. Hahn unerhört, und nun gar für einen preußischen Landrat. Nach seiner Kenntnis hat die Sozialdemokratie keine verfassungsmäßigen Rechte, sondern steht außerhalb der Verfassung. Ein verfassungsmäßiges Recht habe nur der Wähler, und wer es als etwas Segensreiches betrachte, daß die Sozialdemokratie in den Parlamenten vertreten sei, der kenne sie nicht.

Welch eine tiefgründige Staatsrechtslehre. Der Wähler hat ein verfassungsmäßiges Recht. Wenn er aber davon Gebrauch macht, um einen Sozialdemokraten ins Parlament zu senden, so hat dieser seinen Sitz durchaus nicht auf Grund desselben Rechts wie Herr Dr Hahn und seine Freunde. Und diese Auffassung, durch die selbst die dem Sozialistengesetz zugrunde liegende Theorie in den Schatten gestellt wird, soll nach dem Wunsch der Konservativen für die hohen preußischen Verwaltungsbeamten maßgebend sein. Sie fordern von ihnen mit anderen Worten die ausdrückliche Verleugnung und Verletzung der Verfassung und der Bürgerrechte. Uns aber nennen sie Umstürzler.

„Sozialdemokratische Mißwirtschaft".

Seit zwei Jahren sitzt im Rathause der reußischen Hauptstadt Gera eine sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit, die in fleißiger Arbeit schon vieles nachgeholt hat, was der Schlendrian der früheren bürgerlichen Mehrheit versäumt hatte. Da es sich dabei oft um die Durchführung von Aufgaben handelte, die im Interesse der arbeitenden Bevölkerung lagen und gerade darum bisher unerfüllt geblieben waren, rüsteten die Gegner vom sogenannten Freisinn bis zur reaktionären Rechten zum Kampfe gegen diese Mehrheit. Während man eine hitzige Bürgerrechtsagitation ins Werk setzte und alles anwarb, was für die Vermehrung der bürgerlichen Wählerkolonnen brauchbar schien, waren daneben allerhand Dunkelmänner an der Arbeit, die Tätigkeit der sozialdemokratischen Mehrheit herabzusetzen und zu verleumden. Gera rückte in die Reihe jener Städte ein, die bei allen Wahlen als abschreckendes Beispiel „sozialdemokratischer Mißwirtschaft" herhalten müssen. Das Schreckgespenst der sozialdemokratischen Mißwirtschaft mußte aber auch in Gera selbst im eben beendeten Gemeinderatswahlkampfe Dienste tun. Die Gegner hatten sich kein geringeres Ziel gesteckt, als diesmal die rote Mehrheit zu stürzen. Um dieses Ziel zu erreichen, schob man eine Ueberschreitung der Bausumme beim Schlachthausneubau um den doppelten Betrag, um 200 000 Mk., der sozialdemokratischen Mehrheit in die Schuhe, obwohl der Oberbürgermeister selbst auf jede Verteidigung des Stadtrats, den allein die Schuld trifft, verzichtet hatte. Dieser Schwindel wurde aber noch überboten, als der Stadtrat kurz vor der Wahl bekannt gab, daß eine Steuererhöhung von 10 Prozent nötig sei. „Das ist die Folge der sozialdemokratischen Mißwirtschaft!" So heulten die bürgerlichen Zeitungen und Flugblätter auf, obwohl die Steuererhöhung noch gar nicht feststand, da dem Stadtrat merkwürdigerweise beim Beginn der Etatsberatung noch gar nicht alle Abschlüsse vorlagen. Bis zur Wahl blieb jedoch die Fiktion der Steuererhöhung bestehen und die Gegner schlugen fleißig Kapital daraus. Der Schwindel fand auch in auswärtigen bürgerlichen Blättern freudige Aufnahme. Aber trotz der Hetze, trotz der Verleumdungen wurden 9 Sozialdemokraten und nur 4 Bürgerliche gewählt. Die sozialdemokratische Mehrheit bleibt auch künftig im Verhältnis von 22 zu 17 bestehen. Und jetzt, drei Tage nach der Wahl, gab der Oberbürgermeister im Gemeinderat bekannt, daß mit einem Ueberschuß von 362 000 Mark gerechnet werden kann! Das ist der höchste Ueberschuß, der in Gera jemals erzielt worden ist! Der Schwindel von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft verflüchtigt in eitel Dunst.

Unsere Genossen setzten dem Stadtrat wegen seines Verhaltens, durch das er dem bürgerlichen Wahlschwindel Vorschub geleistet hatte, hart zu. Der Oberbürgermeister beteuerte zwar, daß dem Stadtrat diese Absicht ferngelegen habe, er müßte aber zugeben, daß dem Stadtrat die Höhe des Ueberschusses schon vor der Wahl bekannt war. Aber diesmal hatte man es eben nicht so eilig gehabt, die bürgerliche Presse, die sonst alles brühwarm erfährt, zu bedienen.

Für die Gegner, die mit dem Schwindel von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft operiert hatten, bedeutet dieser Ausgang eine Ohrfeige, die sie redlich verdient haben. Dieser Ausgang wird aber kaum verhindern, daß der Schwindel von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft in Gera noch irgendwo und irgendwann herhalten muß. Darum sei er hier schon im voraus abgefertigt.

Deutsches Reich.

Die Fleischer wider Freiherrn v. Wangenheim. Auf der diesjährigen Bündlerparade versuchte Freiherr v. Wangenheim in seiner Ansprache, die Fleischteuerung wegzuskamotieren, indem er erklärte, wohl gäbe es eine Fleischteuerung, nicht aber eine Fleischnot; denn der Rückgang der Anzahl der Schweine sei durch ein größeres Gewicht der einzelnen Tiere zum großen Teile ausgeglichen.

Gegen die Behauptungen wendet sich der Altmeister der Fleischerinnung von Berlin in einem offenen Briefe an Freiherrn v. Wangenheim, in dem festgestellt wird, „daß das Gewicht der auf den öffentlichen Schlachtviehmärkten zum Verkauf gebrachten Schweine ganz bedeutend zurückgegangen ist."

Nationalliberale Wahlparole in Baden. Der „Frankf. Zeitung" wird aus Karlsruhe gemeldet: In der Sitzung des engeren Ausschusses der nationalliberalen Partei wurde auch die Taktik bei den kommenden Landtagswahlen erörtert. Die Mehrheit der Vertreter sprach sich für einen Großblock im ersten Wahlgange aus. Die endgiltige Entscheidung in dieser Frage wurde auf später vertagt.

Weiterer Rückgang der Fleischeinfuhr. Im Monat Januar ist die Einfuhr von ausländischem Fleisch und Vieh weiter zurückgegangen. Frisches Rindfleisch, das zumeist aus Dänemark kommt und von dem noch im November 42 000 Doppelzentner eingeführt wurden, zeigt im Januar nur noch eine Einfuhr von 30 853 Doppelzentnern. Auch die Einfuhr von frischem Schweinefleisch hat nicht unwesentlich abgenommen; sie betief sich auf 43 000 Doppelzentner gegen 48 000 im Monat Dezember. Hier sind die Niederlande die Hauptlieferanten mit 24 000 Doppelzentnern, während aus Rußland nur 11 000 kamen. Auch die Einfuhr von Rindvieh hat im Januar um fast 2000 Stück abgenommen. Sie betrug 17 346 Stück gegen 19 323 Stück im Dezember. Die Einfuhr von Schweinen aus Rußland in das oberschlesische Industriegebiet ist zwar gegen den vorhergehenden Monat noch etwas gestiegen, sie hat aber den Stand vom Monat November nicht mehr überschritten.

Oesterreich-Ungarn.

Die Panamisten. Die politische Situation gestaltet sich immer ernster und die Angriffe auf den Ministerpräsidenten Lukacs wollen kein Ende nehmen. In einem Interview erklärte der frühere Ministerpräsident Wekerle, von dem Ministerpräsident Lukacs gestern behauptete, auch er sei seinerzeit eines Panamas mit der Firma Haas u. Deutsch beschuldigt worden, daß er davon nichts wisse. Das sei eine Verdächtigung zu dem Zwecke, ihn mitzureißen. Er habe von seinen politischen Freunden nie Geld zu Wahlzwecken erhalten und sei als einfacher Bürger von der Macht geschieden. Er könnte gegen Lukacs vorgehen, behalte es sich aber für eine andere Gelegenheit vor.

Graf Andrassy erklärt, daß ihn die heutigen Aufklärungen Lukacs' nicht befriedigen. Mit einseitigen Erklärungen könne die Affäre nicht geklärt werden. Lukacs möge vor Gericht gehen — dort werde er, Andrassy, Beweise bringen — oder er möge abdanken.

Große Bestürzung ruft in Regierungskreisen die nun bestätigte Nachricht von der heute in Wien durch den Kultusminister, Grafen Zichy, angebotenen Demission hervor, über deren Erledigung eine verläßliche Nachricht bisher nicht vorliegt.

Wegen Unzufriedenheit mit der Wahlreform ist heute der Abgeordnete Sacellary aus der Regierungspartei ausgetreten.

Rußland.

Das Willkürregiment in Rußland. Aus Petersburg wird uns vom 22. Februar geschrieben: Die Verhaftungen von Personen wegen ihrer bloßen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei mehren sich in letzter Zeit — trotz aller Redensarten von einer bevorstehenden Amnestie. So wurde gestern in der Lachtinskajastraße der Redakteur der Arbeiterzeitung „Prawda", Philippow, in Haft genommen. Gleichzeitig inhaftierte die Ochrana einen gewissen Stepanow wegen aktiver Beteiligung am Streikkomitee sowie drei Arbeiter, die den Ausstand in der Tischlerfabrik Tarassow mitgeleitet haben. Ueberhaupt hat in der letzten Zeit jeder Ausstand zahlreiche Verhaftungen zur Folge.

Dazu kommen Klagen über Massenausweisungen von Juden. Diesmal aus Kursk, wo der Erzreaktionär Muratow als Gouverneur schaltet und waltet. Zu Hunderten weist er die Juden aus seiner Provinz aus, unterschiedslos — Greise ebensowohl wie Schüler. Unter den Ausgewiesenen befinden sich solche, die bereits seit Dezennien im Gouvernement Kursk ihr Domizil haben und allen gesetzlichen Ansprüchen genügen. Vergebens werden einzelne Verordnungen Muratows von oben rektifiziert; er läßt sich durch die Bestimmungen der Zentralregierung nicht „einschüchtern". Besonders hart werden von seinen Ukasen die Handwerker getroffen, obwohl ihr allgemeines Wohnrecht schon seit einem halben Jahrhundert kodifiziert ist. Neuerdings ereignete sich infolge dieser willkürlichen Ausweisungen ein tragisches Ereignis. Der Handwerker G., der seit 20 Jahren im Gouvernement Kursk wohnt und jetzt dem Exil verfallen ist, hat sich unter Hinterlassung einer Frau und acht Kinder das Leben genommen. In der Geschichte der Judenausweisungen ist dieser Selbstmord allerdings keine Einzelerscheinung.

Mexiko.

Intervention der Vereinigten Staaten? Präsident Huerta hat jetzt die Leichen Maderos und Suarez' nach dringlichen Vorstellungen des amerikanischen Botschafters den Familienangehörigen ausgefolgt. Anfänglich verweigerte er die Uebergabe der Leichen und machte zur Bedingung, daß keinerlei Gepränge bei der Beisetzung entfaltet werde. Die Washingtoner Regierung verweigert die Anerkennung der neuen Regierung, solange über die Ermordung Maderos nicht volle Aufklärung geschaffen ist. Die vierte Brigade der zweiten Armeedivision und die ganze seäste Brigade erhielten heute Mobilmachungsbefehl, da die Truppenkonzentrierungen unweit der mexikanischen Grenze fortgesetzt werden. In der Stadt Mexiko herrschte heute Ruhe. Bezüglich der Meldung, Huerta habe mit amerikanischen Kapitalisten eine Dreißig-Millionen-Goldanleihe vereinbart, erklärt das Bankhaus Speyer, daß keinerlei Unterhandlungen im Gange seien.

Lokales und Allgemeines.

* Bielefeld, 26. Februar.

Die Verteilung der Gemeindesteuern in den westfälischen Stadtkreisen.

Ein Vergleich, in welchem Verhältnisse die direkten und indirekten Steuern an dem Gesamtbetrage der Gemeindesteuern in den westfälischen Stadtkreisen beteiligt sind, ergibt ein recht verschiedenartiges Bild. Im Gegensatz zur Rheinprovinz erreicht der Anteil der indirekten Steuern in keinem westfälischen Stadtkreise den zehnten Teil des Gesamtbetrages der Gemeindesteuern. Am höchsten ist die Beteiligung in Dortmund mit 92 Mk. indirekter Steuern auf 1000 Mk. Gemeindesteuern, an zweiter Stelle steht Bochum mit 90 Mk., an dritter Münster mit 84 Mk. Die Reihenfolge der weiteren Städte nach der Höhe ihrer Beteiligung mit indirekten Steuern auf die Gesamtsteuern der Gemeinde ist Hamm 79 Mk., Gelsenkirchen 73 Mk., Herne 71 Mk., Recklinghausen 69 Mk., Lüdenscheid 67 Mk. und Hagen 63 Mk. Buer ist mit 58 Mk. indirekten Steuern auf 1000 Mk. Gemeindesteuern ausgewiesen, Bielefeld 52 Mk., Herford 52 Mk. und Iserlohn 51 Mk. Demnach trugen die indirekten Steuern zu den gesamten Gemeindesteuern am wenigsten bei in Iserlohn. Die Hauptquelle des Erträgnisses der indirekten Steuern ist wohl in allen westfälischen Stadtkreisen die Umsatzsteuer, jedoch ist auch die Lustbarkeitssteuer recht ergiebig. An Umsatzsteuer entfiel im laufenden Jahre auf 1000 Mk. Gemeindesteuer in Hamm 47 Mk. und in Dortmund 46 Mk. Gelsenkirchen verzeichnete 30 Mk. und Bochum 40 Mk. Einen Satz von 20 bis 30 Mk. auf 1000 Mk. Gemeindesteuer erreichten die Städte Lüdenscheid 28 Mk., Münster 24 Mk., Recklinghausen, Bielefeld und Herford 23 Mk. und Buer 20 Mk. Für Hörde lautete die entsprechende Summe auf 19, für Hagen auf 16 und für Iserlohn und Herne auf 15 Mk. Bei der Lustbarkeitssteuer kamen in Herne auf 1000 Mk. Gemeindesteuern 21 Mk., in Iserlohn nur 6 Mk., desgleichen in Bielefeld 6 Mk., Lüdenscheid und Buer erreichten 7 und 8 Mk., Herford, Bochum, Hagen 9 Mk., Hörde, Gelsenkirchen, Recklinghausen 11 Mk. In Hamm stellte sich der Satz auf 12 Mk., in Dortmund auf 17 Mk. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet entfielen in Dortmund 0,70 Mk Lustbarkeitssteuer, in Herne 0,59 Mk. Am niedrigsten stand der Anteil der Lustbarkeitssteuer auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet in Iserlohn und Bielefeld mit 0,22 Mk. Bei den direkten Steuern ergab sich, daß von den gesamten Gemeindesteuern nach dem Etatssoll auf das Einkommen entfielen in Lüdenscheid 63 Prozent, in Bielefeld 62 Prozent und in Iserlohn 60 Prozent. Nicht so stark herangezogen zur Deckung der Gemeindesteuer wurde das Einkommen im Verhältnis in Hörde, Münster, Hamm und Herne, woselbst auf das Einkommen 59 Prozent entfielen. Für Hagen sind 58 Prozent, für Herford 57 Prozent ausgewiesen, für Dortmund und Bochum 56 Prozent. An letzter Stelle standen Gelsenkirchen 54 Prozent, Recklinghausen 51 Prozent und Buer 48 Prozent. Hinsichtlich der Grundsteuer ergab sich, daß auf 1000 Mk. Gemeindesteuer in Münster 240 Mk. kamen, in Hagen 239 Mk., in Herford 236 Mk. und Iserlohn 232 Mk. In Bielefeld entfielen auf 1000 Mk. Gemeindesteuern 200 Mk Grundsteuer und in Buer 132 Mk. Der Anteil der Gewerbesteuer war nicht weniger als 333 Mk. auf 1000 Mk. Gemeindesteuern in Buer (auf den Kopf der Bevölkerung 11,31 Mk., in Münster 2,61 Mk.). Für Gelsenkirchen ergab sich eine Beteiligung von 231 Mk Gewerbesteuer auf 1000 Mk. Gemeindesteuer, für Recklinghausen 193 Mk., für Bochum 178 Mk. und für Münster 86 Mk. Zum Schluß sei noch wiedergegeben, wieviel direkte Steuern auf 1000 Mk. Gemeindesteuern in den einzelnen westfälischen Stadtkreisen kamen. Die Reihenfolge dieser Städte ist Bielefeld 95 Prozent, ferner Hörde, Iserlohn, Herford 95 Prozent, Buer, Hagen 94 Prozent. In 4 Städten betrug der Anteil der direkten Steuern an den Gemeindesteuern 93 Prozent, nämlich in Lüdenscheid, Recklinghausen, Herne, Gelsenkirchen. Auf 92 Prozent stellte sich der Anteil in Hamm und Münster und 91 Prozent in Bochum und Dortmund. rm.

* **„Wie die deutschen Gärtnergehilfen wohnen"** lautete das Thema eines Lichtbildervortrages, über das Gauleiter Linke vom Allgemeinen deutschen Gärtner-Verein im Saale des Volkskaffeehauses sprach. Das Logiswesen ist ein alter eingebürgerter Uebelstand des Berufs, unter dem auch die Bielefelder Kunstgärtnergehilfen zu leiden haben. Um so bedauerlicher ist die Gleichgiltigkeit und Gedankenlosigkeit, mit der die Gehilfen der ganzen Bewegung, die die Abschaffung dieser Mißstände anstrebt, gegenüberstehen. Ein großer Teil dieser Logisräume sind durch die Kritik verschwunden. Nicht nur in kleinen Gärtnereien besteht der Logiszwang, sondern sogar große Unternehmer in Homburg und Dresden pferchen 12—16 Gehilfen in einen Raum.

Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in der Aufdeckung der Uebelstände des Logiswesens große Verdienste erworben. Ein vorzügliches Hilfsmittel ist ihr dabei die Photographie. Diese kann wiederum, als Lichtbild reproduziert, ein wahrheitsgetreues Anschauungsmaterial liefern.

Naturgetreu wurden vom Referenten Bilder von Wohnungen, die man richtiger als Löcher bezeichnet, vorgeführt. Ihre Einrichtungen spotten oft jeder Beschreibung. Wir können nur einige Bilder herausgreifen, womit jedoch nicht gesagt werden soll, daß die anderen besser waren. Von einem Wohnraum wurde mitgeteilt, daß sich über diesem ein Kaninchen- und Hühnerstall befinde. Vor dem Fenster eines weiteren befindet sich ein Misthaufen und ein Klosett ohne Wasserspülung. Bettstellen bestehen aus roh zusammengezimmerten Brettern, Guano und Mistbeetfenster sind in den Wohnräumen aufgestapelt. Kein Zimmer zeigt ein Bild oder sonstigen Wandschmuck. Beleuchtungskörper sind durchweg Küchenlampen und Stallaternen, und in solchen Behausungen müssen die meist jungen Gehilfen ihr Dasein fristen. Daß die Organisation imstande ist, Wandel zu schaffen, beweist, daß in der Gärtnerei des Königlichen Lehrerseminars in Brühl sofort Abhilfe geschaffen wurde, als die Leitung in Erfahrung brachte, daß die Wohnräume photographiert seien. Der Eingang zu der Gärtnergehilfenwohnung ging in dieser Anstalt nämlich durch den Schweinestall. Die Polizei, die ein Interesse daran haben sollte, daß derartige Mißstände aufgedeckt werden, hat es sogar schon fertig gebracht, Anzeigen von Unternehmern zu unterstützen, die Kollegen wegen Hausfriedensbruchs angezeigt haben, weil die Räume photographiert wurden.

Nur eine straffe Organisation aller Gärtnergehilfen auf gewerkschaftlichem Boden kann hier Wandel schaffen. Vereine, die teilweise sogar von Prinzipalen und Herrschaften ausgehalten werden, können die Arbeitnehmer nie aus ihrer mißlichen Lage befreien.

— **Zu der Verurteilung der National Cash Register Co.** wird uns noch geschrieben:

Besonders bemerkenswert wird das Urteil dadurch, daß sich das Gericht nicht an die von gefälligen Juristen gegebene Interpretation hielt, bei Uebertretungen des Trustgesetzes könnten die Trusts nur mit ihrem Vermögen haftbar gemacht werden. Zum ersten Male wurde wegen Verstoß gegen das Trustgesetz auf Einkerkerung erkannt, und zwar wurden 29 Beamte der Registerkassen-Compagnie zu 9 bis 12 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Präsident und der Vizepräsident des Trusts erhielten jeder ein Jahr Gefängnis neben Geldstrafen bis zu 20 000 Mark.

Der verurteilte Registerkassentrust hat in Dayton, Ohio, ein riesiges Unternehmen — technisch wohl die besteingerichtete Fabrik der Welt, in der sie das System des „wohltätigen Feudalismus" mit äußerster Konsequenz durchgeführt hat. In demselben „amerikanischen" Stil, in dem der Trust die Arbeiter ausbeutet, geht er gegen seine Konkurrenz vor; ein besonderes Departement hat die Aufgabe, Methoden zu suchen, nach denen der Verkauf der Kassen der Konkurrenz zu hintertreiben ist. Er hat die Produkte anderer Fabriken massenhaft nachpfuschen lassen und in den Verkehr gebracht; diese Fabrikate waren natürlich nicht zu gebrauchen. Der Trust hat zum Schein Konkurrenzunternehmen gegründet, um unliebsame Firmen einzuschüchtern und zur Aufgabe der Produktion zu bewegen, kurz, in vielen Hunderten von Fällen Praktiken ge-

übt, die das Trustgesetz mit schweren Strafen bedroht. Dafür sind ihre Vertreter jetzt verurteilt worden. Freilich mit der Verkündung des Urteils spazieren die Direktoren des mächtigen Trusts noch nicht wirklich ins Gefängnis, sie werden alle juristischen Spitzfindigkeiten anwenden, um das Urteil vor ein höheres Gericht zu bringen, um dort auch freigesprochen zu werden.

— **Bauarbeiterverband.** Die Firma Schroiff, Beton- und Eisenbetonbau, hat gestern ihre Arbeiter ausgesperrt, weil diese die rechtswidrig erlassene Arbeitsordnung nicht anerkennen wollen. Auch die Vertragsbestimmungen hat die Firma in letzter Zeit wiederholt durchbrochen. Die Arbeiter werden dazu heute abend Stellung nehmen. Es darf demnach kein Kollege bei der genannten Firma in Arbeit treten.

— **Fischverkauf.** Nachdem die Fischpreise zurückgegangen sind, findet Donnerstag und Freitag auf dem Wochenmarkt bezw. Siegfriedplatz ein Massenverkauf von Seefischen (Schellfisch, Kabljau und Seelachs) auf den bisher von der Stadt benutzten Verkaufsständen statt.

— **Fisch-Verkauf des Konsum-Vereins.** Der Bielefelder Konsum-Verein hält morgen in den bekannten Verkaufsstellen wieder Fische vorrätig. Näheres bezüglich der Qualitäten und Preise ist aus dem Inseratenteile ersichtlich.

— **Reichsversicherungsamt und Reichsversicherungsanstalt.** Alle Beteiligten, insbesondere auch die Arbeitgeber versicherter Angestellten, weisen wir wiederholt auf die Notwendigkeit hin, den durch die Ueberschrift angedeuteten Unterschied allgemein zu beachten. Das Reichsversicherungsamt ist die oberste Behörde der allgemeinen Arbeiterversicherung, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte — dies ihre volle Bezeichnung — die zentrale Behörde der neben jener neugeschaffenen besonderen Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung für die Privatangestellten. Vor allem in der dem Arbeitgeber obliegenden Beitragsentrichtung wird die genaue Unterscheidung unerläßlich sein. Beiträge zur Angestelltenversicherung an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu leisten und in der Regel mit der roten Zahlkarte oder dem roten Ueberweisungsabschnitt, bei jedem Postamte erhältlich, sind auf das Konto der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte beim Postscheckamte Berlin zu zahlen, während für die allgemeine Alters- und Invaliditätsversicherung, deren zentrale Stelle das Reichsversicherungsamt ist, nach wie vor das bekannte Beitragsverfahren durch Verwendung von Beitragsmarken der einzelstaatlichen und provinzialen Landesversicherungsanstalten bestehen bleibt. Gleich dem Beitragsscheck wird der gesamte briefliche Verkehr mit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 193/195, zur Vermeidung von Irrtümern, Fehlleitungen und möglicherweise lästigen Mahnungen der Beteiligten tunlichst genau zu adressieren sein.

— **Platzkarten in D-Zügen.** Die Bestimmungen über die Vorausbestellung der Plätze in D-Zügen haben durch einen Beschluß der Generalkonferenzen der deutschen Eisenbahnen eine neue Fassung erhalten, die am 1 April in Kraft treten soll. Reisende, die Fahrkarten zur Fahrt von der Abgangsstation eines D-Zuges besitzen oder bestellen, können bestimmte Plätze auch im voraus bestellen. Bei telegraphischer Bestellung numerierter Plätze werden 25 Pfg. für jede Bestellung erhoben, wenn die Fassung des Telegramms dem Stationsbeamten überlassen wird. Werden gleichzeitig Fahrkarten, Gepäckscheine und bestimmte Plätze bei derselben Station telegraphisch bestellt, so wird diese Gebühr nur einmal erhoben. Die im voraus bestellten Plätze müssen auf der Abgangsstation des D-Zuges eingenommen werden; andernfalls erlischt der Anspruch auf den bestimmten Platz. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Geltungsdauer der Uebergangskarten in höhere Wagenklassen ebenso zu bemessen wie die der Fahrkarten, zu denen sie gelöst sind. Berechtigt die Fahrkarte zu mehr als einer Fahrt, so gilt die Uebergangskarte gleichwohl nur zu einer, wenn auch mit Unterbrechung zurückgelegten Fahrt, und nicht länger als vier Tage.

p. — **Gewerbegericht (Stadt).** Vergleichsverhandlung vom 25. Februar. Vorsitzender: Geheimrat Gruber. Wegen fristloser Entlassung klagt der Orthopädist R. gegen den Bandagisten Eduard Klein. Der Beklagte ist nicht erschienen. Es ergeht daher ein Versäumnisurteil gegen ihn, dem Kläger 18,73 Mk. zu zahlen — Der Wäschereibesitzer Siebrasse hat die Plätterin H. ohne Kündigung entlassen. Der Beklagte ist erbötig, die Klägerin wieder einzustellen, worauf diese aber nicht eingeht, sondern sich lieber mit einem Vergleich in Höhe von 6 Mk. an Stelle der geforderten 33 Mk. zufrieden gibt. — Der Arbeiter W fordert von dem Fabrikanten Gustav Steinkrüger 14,10 Mk. für geleistete Wegebauarbeiten. Der Beklagte bestreitet, den Kläger eingestellt zu haben. Er habe die Arbeiten dem Tiefbauunternehmer Josef Bee übertragen, der den Kläger eingestellt hat. Der Kläger hält sich aber an Steinkrüger, weil ihm dieser die beiden ersten Wochen den Lohn gezahlt habe. Zur Aufklärung der Sache wird ein weiterer Termin anberaumt, zu dem auch der Unternehmer Bee geladen wird. — Gegen die Firma Ernst Siedhoff, Buchdruckerei, klagt der Faktor B. wegen fristloser Entlassung. Die Entlassung ist nach Angabe des Vertreters der Beklagten wegen gröblicher Beleidigung des Geschäftsführers erfolgt. Zwecks Zeugenvernehmung wird ein neuer Termin anberaumt, zu dem die Inhaberin der Firma, Frau Siedhoff, persönlich zu erscheinen hat.

p. — **Kaufmannsgericht.** Vergleichsverhandlung vom 25. Februar. Vorsitzender: Geheimrat Grube. Gegen die Firma A. & H. Goldstein klagt der Reisende S. wegen 80 Mk. rückständiger Provision. Auf Widerruf wird ein Vergleich geschlossen, wonach der Kläger 60 Mk. erhält und sich wegen seines Verhaltens gegen die Beklagte entschuldigt. — Wegen 774 Mk. rückständiger Provision und Spesen klagt der Reisevertreter M gegen die Firma Ramesohl & Schmidt. Die Beklagte behauptet, der Kläger sei seiner Pflicht nicht in vollem Umfange nachgekommen. Der Vertrag schreibe vor, daß der Kläger eine bestimmte Anzahl Maschinen in jedem Monat zu verkaufen habe, diese Zahl sei jedoch nie erreicht worden. Die Beklagte bezweifelt auch, daß der Kläger alle angegebenen Firmen besucht habe, daher sei auch die geforderte Summe hinfällig. Zwecks Klarstellung wird die Sache vertagt.

— **Arbeiterjugend.** Ueber das Leben und die Lebensgesetze wird Redakteur Hoffmann die Jugend am Donnerstag unterrichten!

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Morgen (Donnerstag) geht Leo Falls Operette „Die Dollarprinzessin" in Szene, deren wohlverdienter Sensationserfolg dem glücklichen Komponisten Ruhm und Reichtum gebracht hat. Das melodiöse Werk erfreut sich auch hier der größten Beliebtheit und seine Wiederaufnahme in den Spielplan dürfte allseitig mit Freuden begrüßt werden. Die Vorstellung findet bekanntlich als Benefiz für den ersten Operetten-Tenor Fritz Redwitz statt, und schon aus diesem Grunde ist ein volles Haus zu wünschen. — Die Nachricht, daß am kommenden Sonnabend eine nochmalige Aufführung von Ernst Wildenbruchs packendem Schauspiel „Die Rabensteinerin" stattfindet, begegnet lebhaftestem Interesse. Mußten doch bei der letzten Aufführung des ausverkauften Hauses wegen viele, ohne noch Einlaß erhalten zu können, wieder umkehren. — Am Sonntag gastiert Elle Kobold nochmals in ihrer Paraderolle, der Tänzerin Crevette in Feydeaus ausgelassenem Schwank „Die Dame von Maxim".

— **Polizeibericht.** Der gestrige Viehmarkt war mit 6 Pferden, 26 Rindern und 870 Schweinen betrieben. Es wurden gezahlt: Für Pferde 150 bis 700 Mark, für Rinder 200 bis 350 Mark, für Milchkühe 300 bis 500 Mark, für Schweine (6 bis 8 Wochen alte) 21 bis 25 Mark, für Schweine (8 bis 12 Wochen alte) 25 bis 35 Mark, für Stangenschweine 38 bis 50 Mark und für Sauen 80 bis 120 Mark. Der Handel war mittelmäßig.

Es wird darauf hingewiesen, daß nach der Reg.-Pol.-Verordnung vom 27. Dezember 1912 über die Beseitigung von Tierkadavern die Kadaver oder Kadaverteile aller gefallenen oder nicht zu Schlachtzwecken getöteten Pferde, Esel, Maultiere, Maulesel, Tiere des Rindergeschlechts, Schweine, Schafe und Ziegen der Tierkörperverwertungsanstalt bei Wiedenbrück zu überweisen sind. Ausgenommen sind Saugferkel, Schaf- und Ziegenlämmer unter 6 Wochen, Einhufer fohlen und Kälber unter 3 Wochen, sowie totgeborene oder während der Geburt verendete Tiere. Die unschädliche Beseitigung dieser Kadaver, sowie der Hunde- und Katzenkadaver ist dem Eigentümer mit der Maßgabe überlassen, daß sie spätestens am Tage nach dem Fallen, der Tötung oder der Totgeburt der Tiere mindestens 1 Meter tief zu vergraben sind. Zuwiderhandlungen können mit Geldstrafe bis zu 60 Mark, an deren Stelle im Falle des Unvermögens entsprechende Haft tritt, bestraft werden.

Festgenommen wurden 1 Person wegen Diebstahls im Rückfalle, 1 Person auf Grund eines Haftbefehls sowie 1 Person wegen Trunkenheit und Bedrohung seiner Familie; 8 Obdachlose erhielten Unterkunft im Polizei-Gefängnis.

Gestohlen wurde am 24. dieses Monats, im Laufe des Nachmittags, aus dem Garderobenraum der Firma Wittenstein, hier, Gütersloherstraße 52, eine silberne Herren-Remontoiruhr mit Goldrand und Zifferblatt mit arabischen Zahlen, sowie eine Nickeluhrkette im Werte von zusammen 30 Mark.

Provinz und Umgebung.

* **Heepen,** 25. Febr. Die „Volkswacht" vom 14. Februar berichtete aus der Verhandlung der Strafkammer am 12. Februar, daß der Holzarbeiter Wilh. Vinke von Heepen unter der Anklage stand, Mündelgelder veruntreut zu haben. Der Angeklagte „habe nach und nach annähernd 800 Mk. von den Mündelgeldern erhoben und zum Teil seinem Bruder geliehen, zum Teil für sich verbraucht. Wenn er auch bisher unbestraft war und das Geld zum Teil schon wieder ersetzt hat, wurde er doch zu einer Gefängnisstrafe von 3 Tagen verurteilt". Diese Darstellung hat vielfach den Anschein erweckt, als ob Vinke die genannte Summe nicht abgeführt hätte. Das ist nicht der Fall. Vor Gericht wurde festgestellt, daß von V. 542,19 Mk. abgeführt bezw. mit Quittungen belegt wurden, von der Restsumme hatte V. seinem Bruder und einem Bekannten 170 Mk. geliehen, und 60,40 Mark nicht abgeführt. Aber auch diese Beträge sind ersetzt worden. Die Bestrafung mußte trotzdem erfolgen, weil V., der angab, im guten Glauben gehandelt zu haben, die Gelder nicht abgeführt hatte.

* **Wiedenbrück,** 25 Febr. Beschäftigung der Gefangenen. Der Statistik über die Gefängnisse der Justizverwaltung in Preußen entnehmen wir, daß im Kreise Wiedenbrück auf mehreren Arbeitsstellen rund 220 Gefangene mit Meliorationsarbeiten beschäftigt sind. Sie haben im Rechnungsjahre 1911 folgende Arbeiten ausgeführt:

Heide- u. Oedland in Ackerland u. Wiesen umgelegt	200 Morgen
Holzbestände ausgerodet und in Acker- und Wiesenland umgelegt	126 "
Planierungsarbeiten	69 "
sumpfiges Wiesen- und Ackerland entwässert und kultiviert	361 "
neue Wege, Kanäle und Abzugsgräben angelegt	30 km
alte Wege, Kanäle und Abzugsgräben ausgebessert	23,5 "

Regulierung von Wasserläufen:

	Länge	Verbreiterung	Vertiefung
Emsfluß	5 km	7 m	1 m
Reineckebach	4 "	2—3 "	1—2 "
Wapelbach	2,3 "	mit Herstellung zweier Durchstiche von 600 und 300 m.	

* **Kutenhausen,** 25. Febr. Am Sonntag fand hier eine von konservativer Seite einberufene öffentliche Versammlung mit freier Aussprache statt. Als Redner waren anwesend Landtagsabgeordneter Sültemeier-Hahlen, Elf-Kutenhausen und der frühere Redakteur des „Ravensberger", jetziger konservativer Redakteur Behle. Aus sieben Dörfern waren die konservativen Wähler zusammengetrommelt durch Einladungszettel, um sich die Rede, die Sielermann während der Reichstagswahl überall hergeleiert hatte, diesmal vom Molkereibesitzer Elf vor—lesen zu lassen. Als dies von unserem Genossen Rathert festgenagelt wurde, kamen die Herren in Verlegenheit, doch glaubten sie wohl, Herr Behle mit seinem Zitatenfaß würde den Fehler wieder gut machen. Trotzdem von uns die Herren wiederholt aufgefordert wurden, öffentlich ihre Stellung zum Landtagswahlrecht darzulegen, fanden sie nicht den Mut, das Dreiklassenwahlrecht zu verteidigen. Aber, so sagte Herr Behle, die wahren Freunde der Arbeiter sind die Konservativen, aus Liebe zum Arbeiter ist die Resolution Westarp eingebracht worden, um wahre Freiheit für alle Arbeiter zu bringen! Aus Liebe für die Arbeiter müsse der Zuzug vom Lande nach den Groß- und Industriestädten gesetzlich verboten werden, aber leider habe bei allem diesen guten Vorhaben die Linke im Reichstag versagt. —

Nachdem dann noch von unserem Redner die Bärenliebe der Herren Westarp und Oldenburg und auch die Oeynhauser Kaiserrede bekannt gegeben wurde, nahm Herr Behle das Schlußwort. Auch da ging es nicht ohne Zitate ab. Zum Schluß redete er den bösen Sozialdemokraten ins Gewissen, daß sie nur nach materiellen Vorteilen suchten, wohingegen aber die Konservativen stets eingedenk des schönen Bibelwortes seien: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein", denn nach dem Diesseits gäbe es ein Jenseits! Dann erfolgte Schluß mit dem Absingen des Liedes: „Deutschland, Deutschland über alles". Hoffentlich merken es sich die Arbeiter, was ihnen der frühere christlichsoziale Redakteur gesagt hat: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein! Wir aber rufen den Arbeitern das Bibelwort zu: Hütet euch vor den Wölfen, die in Schafskleidern zu euch kommen!

c. **Lübbecke,** 25. Febr. Schule und Muckerei vertragen sich nicht, wenn die Schule ihre Aufgabe, die Schüler zu brauchbaren Menschen zu machen, erfüllen will. Leider ist es nach dem Stand der heutigen Schulgesetzgebung nicht möglich, die Schule ganz von der Muckerei zu befreien. Steht doch ein großer Teil der Lehrerschaft, hauptsächlich in den kleineren Orten, selbst noch im Banne der Muckerei. Da ist es kein Wunder, wenn beide zusammenhalten und die Lehrer, wo es ihnen möglich ist, der Muckerei Vorschub leisten. Diese Gelegenheit bot sich hier vorige Woche. Zum Sonntag wollte ein Karussellbesitzer nach langer Ruhepause wieder etwas verdienen und er kündigte dies im „Lübbecker Kreisblatt" an. Darob gerieten unsere Mucker in Wut. Pastor Güse, der sich sonst in puncto Muckerei vorteilhaft von so manchem seiner Kollegen in der Umgegend abhob, verbot den Konfirmanden direkt, zum Karussell zu gehen. Rektor Schlomann folgte und erließ ein Verbot für die Volksschule. Während der Kanzelpredigt konnte es am Sonntag Pastor Güse nicht unterlassen, auf die Verderbtheit der Menschen, die es wagen, während der Fastenzeit auf einem Karussell zu fahren, hinzuweisen. Dies alles hat dann bewirkt, daß der Karusselldesitzer nicht seine Unkosten verdiente und deshalb um Zurückerstattung der bezahlten Vergnügungssteuer bei der Behörde vorstellig wurde. Leute, die sonst den Mund nicht voll genug nehmen können, wenn Arbeiter in berechtigter Abwehr einen Boykott verhängen, mißbrauchten hier also ihre Macht dazu, einem Mitmenschen um Verdienst zu bringen, bloß weil sie in dem Aberglauben befangen sind, die ihnen anbefohlenen Seelen könnten Schaden leiden, wenn sie während der Fastenzeit einmal Karussell fahren. Das geht denn doch zu weit. Die Herren sollten dafür darauf achten, daß Gesetze, die zum Schutze vor Ausbeutung der Kinder durch Erwerbsarbeit erlassen sind, auch eingehalten werden; auch darauf, daß die unnütze Schießerei bei der „nationalen" Jugend, die erst kürzlich einem Jüngling Wunden im Gesicht eindrachte, aufhört. Die Herrschaften arbeiten genau so, wie sich die von ihnen so verhaßten Jesuiten die Heranbildung der Jugend denken, und unwillkürlich kommt mancher zu der Auffassung, daß unsere evangelischen Mucker nur deshalb gegen die Hereinlassung der Jesuiten protestieren, weil sie in ihnen eine unliebsame Konkurrenz erblicken.

* **Paderborn,** 24. Febr. Die Arbeiten für die im Sommer stattfindende Gewerbe-, Industrie- und Kunstausstellung machen gute Fortschritte. Das fast 60 000 Quadratmeter große Gelände ist nach Zeitungsmeldungen soweit instand gesetzt, daß jetzt mit der Herrichtung der Wege und der Vorbereitung der gärtnerischen Anlagen begonnen werden kann. Die Meldungen sind so zahlreich eingelaufen, daß die Ausstellung in Wirklichkeit eine lückenlose Schau über das ostwestfälische Gewerbe werden wird. Die Industrie, besonders soweit sie die Landwirtschaft versorgt, wird mit einer mustergültigen Auswahl landwirtschaftlicher Maschinen vertreten sein, denen sich eine landwirtschaftliche Versuchsabteilung anschließen wird. Auch der Freund heimatlicher und kirchlicher Altertümer wird auf seine Rechnung kommen. Den Ausstellern hat die Eisenbahnbehörde die Vergünstigung frachtfreier Rückbeförderung der Ausstellungsgüter zugesagt.

* **Coesfeld,** 25. Febr. Zu dem gestern gemeldeten dreifachen Mord durch einen Wahnsinnigen in der Bauerschaft Büren bei Gescher werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Bei dem 26 Jahre alten Landwirtssohn Dunker machten sich in der letzten Zeit wiederholt Anfälle von Geistesstörung bemerkbar. Sein verstörtes, unruhiges Wesen am Freitag nachmittag veranlaßte die Mutter, eine ältere Witwe, den Pfarrer Bücker aus Gescher zu rufen, damit er beruhigend auf ihren Sohn einwirke. Der Geistliche kam auch und redete dem Kranken zu, dessen aufgeregtes Wesen sich dann anscheinend legte. Gegen Abend aber verschlimmerte sich sein Zustand, der Kranke zog seinen Sonntagsanzug an und sagte seiner Mutter, er wolle jetzt nach Gescher gehen, um den Pfarrer und den Kaplan zu ermorden. Die Mutter hinderte ihn, das Haus zu verlassen. Hierüber erbost, ergriff der Sohn ein eisernes Ofenrohr und versetzte der Mutter einen wuchtigen Hieb über den Kopf, so daß sie besinnungslos zusammenbrach. Die Dienstmagd Maria Brockherde, die den Vorfall beobachtet hatte, lief schnell zu dem benachbarten Wohnhaus der Witwe Assing, um Hilfe zu holen. Dunker rannte dem Mädchen nach und zertrümmerte ihm vor dem Assingschen Hause mit dem Ofenrohr die Schädeldecke, so daß der Tod sofort eintrat. Dunker drang dann in die Assingsche Wohnung ein, wo er den Landwirt Assing, einen Schwager der Besitzerin, am Herdfeuer mit einem Hieb tot niederstreckte. Dann lief er in sein Haus zurück. Dort griff der Wahnsinnige seinen älteren Bruder an. Es entstand ein furchtbares Ringen zwischen beiden, das etwa eine halbe Stunde dauerte. Mittlerweile hatte das zweite Dienstmädchen der Familie Dunker polizeiliche Hilfe herbeigeholt. Es gelang dann dem Beamten, den Tobsüchtigen zu überwältigen, zu fesseln und in das Arrestlokal zu bringen. Am Sonnabend nachmittag wurde der Unglückliche in die Provinzialheilanstalt Marienthal bei Münster eingeliefert. Die schwerverletzte Witwe Dunker ist am Sonnabend nachmittag verschieden.

* **Lage,** 25. Februar. In dem Bericht von der Stadtverordnetensitzung muß es heißen: Der Anschluß an das Minden-Ravensberger Elektrizitätswerk wurde auf 40 Jahre beschlossen, nicht 45 Jahre.

c. **Detmold,** 25. Februar. Lippischer Landtag. Der Alterspräsident eröffnete die heutige Sitzung mit der Verlesung eines fürstlichen Schreibens, wonach die „feierliche Eröffnung" des neuen Landtags Mittwoch mittag um 12¾ Uhr im Schlosse vor sich gehen wird. Die Abgeordneten werden dazu eingeladen, und nicht nur dazu, sondern auch zu einem Festmahl mit den üblichen höfischen Genüssen. Wer teilnehmen wollte, mußte sich in die ausliegende Liste einschreiben.

Der Landtag begann dann mit seiner inneren Einrichtung. Zunächst wurden die Berichte der Wahlprüfungsabteilungen entgegengenommen und nacheinander die Wahlen der Abgg. Zeitz, Schalk, Schönlau, v. Borries, Windmeier, Frevert, Riekehof-Böhmer, Böckers, Hoffmann, Krieger, Schmidt für giltig erklärt. Bei der Nachprüfung der Wahlakten durch die Kommissionen hat sich zwar herausgestellt, daß fast bei jeder Wahl die bekannten kleinen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, wie sie bei jeder Landtagswahl wiederkehren, daß aber diese Unregelmäßigkeiten auf die feststehenden Ergebnisse keinen Einfluß ausüben. Es handelt sich bei diesen Unregelmäßigkeiten um falsche Führung der Wahllisten, um formelle Verstöße gegen die Vorschriften über die Annahmeerklärung durch die Abgeordneten und dergleichen. Die Wahlvorsteher können sich, wie es scheint, noch immer nicht an eine ordnungsmäßige Ausführung der gesetzlichen Vorschriften und der dazu ergangenen Anweisungen gewöhnen.

Wenn mindestens die Hälfte der vorhandenen Mandate als giltig anerkannt worden sind, soll in der Regel zunächst die Wahl des Präsidiums vorgenommen werden. Das wurde auch heute so gehandhabt. Bei der Wahl des Präsidenten fielen von den 20 Stimmen 19 auf den bisherigen Präsidenten, den konservativen Abg. Riekehof-Böhmer, der die Wahl mit Dank annahm und um Nachsicht und Unterstützung bat. Eine Stimme erhielt der Abg. Hoffmann. Vizepräsident wurde mit der gleichen Stimmenzahl der bisherige Vizepräsident Hoffmann, und Schriftführer der Amtsgerichtssekretär Gronemeyer.

Bei der Wahl der Ausschußdeputierten — sie haben den Landtag während der Zeit, wo er nicht tagt, zu vertreten und überhaupt die sogenannten landständischen Rechte zu wahren — fielen je 19 Stimmen auf die Abgg. Riekehof-Böhmer und Hoffmann und 16 Stimmen auf Schelp. Drei Stimmen erhielt Zeitz und eine Böckers. Die drei zuerst Genannten sind also gewählt. Eine Aenderung gegen somit ist nur insofern eingetreten, als Schelp an die Stelle Neumann-Hofers gekommen ist, der diesmal ausscheiden mußte, weil sein Mandat noch in der Luft schwebt.

Es wurde darauf in der Prüfung der noch ausstehenden Wahlen fortgefahren. Keine Einwendungen erhoben sich ferner gegen die Giltigkeitserklärung der Mandate der Abgg. Schelp, Tasche, Meyer, Stapperfenne, Pannecke, Schmuck und Bruns. Auch hier waren die kleinen Unregelmäßigkeiten zu verzeichnen, von denen oben die Rede ist, aber daneben führten die Berichterstatter noch einige Einzelheiten an, die etwas bedenklicher sind. So ist in einem Bezirke der 2 Abteilung die Wahl schon um 12 Uhr geschlossen worden, zwei Stunden früher, als es geschehen durfte. In der 3. Klasse des 2. und 3. Kreises sind eine Reihe von Stimmzettel für ungiltig erklärt worden, die nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht hätten für ungiltig erklärt werden dürfen. Wir nehmen an, daß es sich dabei um Stimmzettel handelt, die nebensächliche Zusätze tragen oder auf denen ein Dichterling seine mehr oder weniger fragwürdigen Reime geschmiedet hat, aus denen aber die Person desjenigen, der es sein sollte, klar zu erkennen war. Ein Versehen macht den Zettel also nicht ohne weiteres ungiltig, es muß nur die Person des Gewählten ohne Zweifel zu erkennen sein.

Ausgesetzt wurde die Beschlußfassung nur bei den Wahlen der Abgg. Wehrmann und Brakemeier. Mit der Prüfung der Wahl Brakemeiers ist die Kommission — Berichterstatter Amtsrichter Tasche — noch nicht fertig geworden, und bei der Wahl Wehrmanns muß nur ein nebensächlicher formeller Mangel in den nächsten Tagen berichtigt werden.

Damit hat sich nun der Landtag „konstituiert". Am Mittwoch vormittag soll die Vereidigung des Präsidiums und der Abgeordneten vorgenommen werden, wozu ein „landesherrlicher Kommissarius" in Funktion zu treten hat. — Ueber die Ankündigung der „Lipp. Landeszeitung", daß sich schon beim Zusammentritte des Landtags erhebliche Schwierigkeiten ergeben würden, weil die Wahl im sechsten Kreise noch nicht vorgenommen worden sei, ist man auffallenderweise stillschweigend hinweggegangen. Hat denn die liberale Fraktion die Mahnungen der „Lipp. Landeszeitung" ganz in den Wind geschlagen?

* **Hiddesen,** 25. Februar. Einen traurigen Tod fanden gestern hier zwei fünfjährige Kinder des Pächters Multhaupt und des Zieglers Wilh. Klöpper. Sie sahen dem Fällen eines Baumes zu und wurden dabei von dem fallenden Baume erschlagen.

Witterungsbericht.

Mitgeteilt von Fr. Böckelmann Ww., hier.

Bielefeld, 26. Februar. Niedrigster Thermometerstand in der Nacht: — 3½ Grad Celsius. Thermometerstand um 10 Uhr vormittags: — ½ Grad Celsius. Barometer: 752 Millimeter. Wind: Nordwest. Himmel: Heiter.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Nach Feierabend".

Verantwortlich für den redakt. Teil: Franz Dreckshage-Gellershagen, für den Inseratenteil: Hermann Morgner-Bielefeld.
Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Kurzwaren für die Schneiderei und den Hausbedarf

Diese Woche
enorm billiger Verkauf!

S. Alsberg & Co.

Die Anzeigen in vorliegender Nummer wollen die Leserinnen und Leser d. Ztg. beachten!

Zum Frühjahr 1913

Kohlmeier & Düring
Bahnhofstr. 19. ◇ Webereistr. 30.

Schuhe u. Stiefel

für jeden Fuss 1331

in grosser Auswahl und ganz billigen Preisen.

Für Herren moderne, schöne Formen
6.75 7.50 8.75 bis **12.50**

Für Damen hübsche, neue Formen
5.50 6.25 7.50 bis **12.50**

Für Knaben und Mädchen
unsere Spezialität, naturgemässe Formen, nur haltbare Qualitäten
4.00 4.75 5.75 bis **6.50**

Für Kinder Naturformen, weiche Ledersorten
95 1.50 2.50 bis **3.50**

Decken Sie Ihren Bedarf bei uns, wir bedienen Sie billig.

Süssrahm-Margarine
Mey=Lip, Westfalenwunder
Westfalenkrone mit der Schutzmarke „Schinken"
Pflanzenbutter-Margarine **Meyer-Ruhm**
Die Elitemarken der Brancne ersetzen feinste Landbutter.
Ausgezeichnet mit vielen goldenen Medaillen, Oktober 1910 mit der Staatsmedaille
Herforder Westfälische Süssrahm-Margarine-Fabrik
Meyer's Herforder Pflanzenbutter-Fabrik
Hermann Meyer, Lippinghausen bei Herford

Frauen! schont eure Gesundheit u. verlangt bei Störungen rechtzeitig das berühmte Frauenbuch von **Dr. med. Lewis** gegen 60 Pfg. in Briefmarken. Anfragen erbeten Viele Dankschreiben.
Frau Winter, Frankfurt a. M., Humboldtstraße 62, p. [1411

Fr. Werpel, Herford

Vorteilh. Bezugsquelle sämtl. Musik-Instrumente alien für Vereine, Orchester, Schule u. Haus. Eigene Reparaturwerkstatt.
h11

Bielefelder Consum-Verein
e. G. m. b. H.

Am Donnerstag, den 27. ds. Mts.:

Fisch-Verkauf

in den bekannten Verkaufsstellen 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 29, 36.
1541

Bratschellfisch per Pfd. **15** Pfg.
Kabliau (ohne Kopf) per Pfd. **12** Pfg.
Grüne Heringe per Pfd. **10** Pfg.

Der Vorstand.

Herford.
Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 27. Februar, von abends 6 Uhr an:
Jahrmarkts-Tanz
Eintritt frei! h 52

Konsum-Verein Herford u. Umgeg.
e. G. m. b. H.

Wir empfehlen hiermit unseren werten Mitgliedern zum Freitag allerfeinste

grüne Heringe

pro Pfund **10 Pfg.** Der Verkauf findet vorläufig in den **Verkaufsstellen 1, 2, 3, 5, 6, 7** und im **Zentral=Lager** (Mindenerstraße 7) statt. h 53

Der Vorstand.

Dalli-Seifenpulver
Das Allerbeste für Wäsche u. Hausputz
321

Rechnungs-Formulare liefert prompt in sauberer Ausführ. **Buchdruckerei „Volkswacht".**

Verlobungs-Anzeigen Briefe, Karten liefert Buchdruckerei „Volkswacht".

Treff Bube! Treff Bube!

Herford!

Eröffnung

des

Lichtspielhauses „Wittekind"

bestimmt

Donnerstag nachmittag

3 Uhr.

Treff Bube! Treff Bube!

h 54

arf
Co.
t! schont eure Gesundheit u. verlangt bei Störun-
berühmte Frauen-
d. Lewis gegen
arken. Anfragen
nfschreiben.
Frankfurt a. M.,
aße 62, p. [1411
el, Herford
gequelle sämt.
strumente
en für
r. Schule u. Haus.
Umwerkstatt.
aus.
ds 6 Uhr an:
anz
h 52
. Umgeg.
Mitgliedern zum
unge
vorläufig in den
Zentral-Lager
h 53
Vorstand.
rei „Volkswacht".
Treff Bube!
h 54
d"
Treff Bube!

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 47. Bielefeld, Mittwoch, 26. Februar 1913. 24. Jahrg.

Reichstag.

119. Sitzung: Dienstag, den 25. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch niemand.

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. **Kölsch** (natl.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. Dr. **Bollert** (natl.) beantragt die Zurückverweisung an die Kommission, da einige Stimmen noch einer Prüfung bedürfen und es sich hier überhaupt nur um sehr wenig Stimmen handelt.

Abg. **v. Brockhausen** (k.) tritt für den Antrag der Kommission ein.

Abg. Dr. **Neumann-Hofer** (Vp.) unterstützt den Antrag Bollert. Zwei Stimmzettel, die gekennzeichnet sind, haben der Kommission noch gar nicht vorgelegen, zwei andere Stimmen sind kassiert, weil die Wähler zu spät in die Liste eingetragen seien, während sich nachträglich herausgestellt hat, daß die Eintragung rechtzeitig erfolgt sei.

Abg. **Schwarze-Lippstadt** (Z., auf der Tribüne unverständlich) empfiehlt den Antrag der Kommission.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): In 3 vom Vorredner vorgetragenen Fällen ist eine Prüfung in der Kommission noch nicht erfolgt; deswegen können wir doch jetzt noch kein Votum abgeben, sondern müssen die Wahl an die Kommission zurückverweisen.

Die Diskussion schließt. Der Antrag auf Zurückverweisung der Wahl an die Kommission wird angenommen.

Die Wahl des Abg. Dr. **Becker-Hessen** (natl.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Ein Antrag **Schwarze-Lippstadt** (Z.) fordert die Gültigkeitserklärung der Wahl.

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.): Der Wahlakt in Sprendlingen muß wegen grober Verstöße gegen das Wahlreglement für ungültig erklärt werden. Kassiert man sämtliche Stimmen dieses Wahlaktes, so würde die Wahl von Dr. Becker gültig sein. Wir sollten bei Wahlprüfungen nicht nach Parteirücksichten verfahren, sondern nach Recht und Billigkeit.

Abg. **v. Trampczynski** (Pole): Wären die Unregelmäßigkeiten in Sprendlingen nicht vorgekommen, so müßte die Wahl nach dem einstimmigen Urteil der Kommission für ungültig erklärt werden. Sie kann doch nun nicht dadurch gültig werden, daß in einem Bezirk Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. (Lebhaftes Sehr richtig!) Gegen diese Logik dürfte kaum anzukommen sein.

Abg. **Werr** (Z.) empfiehlt die Gültigkeit der Wahl. Es sei ständige Uebung des Reichstages, Wahlbezirke, in denen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, für das Ergebnis außer Betracht zu lassen.

Abg. Dr. **Neumann-Hofer** (Vp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, der in einem anderen Falle es nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht. (Hört! hört! links.) In der Kommission ist der Ungültigkeitsbeschluß mit 9 gegen 5 Stimmen, also mit erheblicher Mehrheit, gefaßt. Es würde ja auch zu unhaltbaren Zuständen führen, wenn große Mehrheiten in Bezirken dadurch ausgeschaltet würden, daß der Wahlvorsteher sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen läßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre geradezu perverS, wenn die Anerkennung, daß der Protest berechtigt ist, dazu führen sollte dem Dr. Becker einige hundert Stimmen zuzuzählen. (Sehr richtig! links.)

Auf Antrag des Abg. Dr. **Spahn** (Z.) wird die Abstimmung über den Antrag **Schwarze-Lippstadt** eine namentliche sein.

Abg. **Stadthagen** (Soz.):

Herr Arendt müßte nach seinen Ausführungen nachher für die Gültigkeit der Wahl von Haupt stimmen. Wir werden ja sehen, ob er da nicht wieder umfällt, weil es sich um einen Sozialdemokraten handelt. Uebrigens müßte nach seiner eigenen Theorie die Wahl Beckers für ungültig erklärt werden, da dann auch in anderen Bezirken, wo Becker die Mehrheit hatte, die Wahl zu kassieren wäre. Diese ganze Kassationstheorie ist aber ein schreiendes Unrecht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb hat dieser Reichstag sie auch aufgegeben. Nach dieser Theorie könnten in Bezirken, deren soziale Struktur als günstig für die Sozialdemokratie bekannt ist, vom Wahlvorsteher mit Absicht Verstöße herbeigeführt werden, um dadurch ungültige Wahlen herbeizuführen. Es muß von Fall zu Fall der wirkliche Wille der Wähler festgestellt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Braband** (Vp.) schließt sich dem Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl an. Die Kassation ganzer Bezirke müßte zu ganz widersinnigen Ergebnissen führen.

Abg. **Liszt** (natl.) empfiehlt ebenfalls die Ungültigkeitserklärung der Wahl und weist den Vorwurf des Abg. Arendt, die Kommission habe nicht nach Recht und Billigkeit entschieden, zurück. Die Prüfung der Wahlen sollte man einem unabhängigen Gerichtshof übertragen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. **Spahn** (Z.) und Abg. **Schwarze-Lippstadt** (Z.) treten nochmals für die Gültigkeit der Wahl ein.

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.) spricht für die Gültigkeit der Wahl und polemisiert gegen den Abg. Neumann-Hofer.

Abg. **Waldstein** (Vp.): Wenn ein Fehler vorliegt, der den ganzen Wahlkreis betrifft, so wird die Wahl ohne weiteres für ungültig erklärt. Dasselbe muß auch geschehen bei Unregelmäßigkeiten in einem Wahlbezirk.

Abg. **Richard Fischer** (Soz.):

Herr Spahn hat einen Antrag unterschrieben, der die Gültigkeitserklärung der Wahl des Abg. Dr. Becker verlangt. Dabei hat er uns hier dargelegt, bei den widerspruchsvollen Zeugenaussagen sei es sehr zweifelhaft, ob überhaupt drei Mitglieder des Wahlvorstandes immer anwesend gewesen seien. Ja, wenn hierüber ein Zweifel besteht, dann kann man doch nicht die Wahl für gültig erklären, sondern dann müßte die Wahl an die Kommission zurückverwiesen werden zur Feststellung, ob der Wahlvorstand immer richtig besetzt war. Herr Spahn antwortete hier auf einen Zwischenruf: er bedauere, daß gerade ich in dieser Frage umgefallen sei. Das wird er nicht erleben; ich werde bei den Grundsätzen, die ich für richtig halte bleiben. Aber ich bedauere, daß alle meine Mahnungen in den letzten Jahren an das Zentrum: konsequent zu bleiben, und nicht, wie es geschehen ist, in den wichtigsten Dingen aus parteipolitischen Grürden immer umzufallen, bei Herrn Spahn kein Gehör gefunden haben. Wenn das jetzt besser werden soll, wenn seine Parteigenossen wieder zu ihrer Pflicht zurückkehren so werden wir uns gewiß darüber freuen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **David** (Soz.):

Ohne den formalen Verstoß in Sprendlingen wäre de facto Korell, nicht Becker gewählt. Da kann man doch dem tatsächlich zu Unrecht gewählten Becker nicht das Mandat zuerkennen, weil in Sprendlingen ein formaler Verstoß vorgekommen ist. Das wäre ein schreiendes Unrecht gegen die Mehrheit der Wähler. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Wir müßten eigentlich Korell das Mandat zuerkennen; da wir das nicht können, müssen wir die Wähler noch einmal entscheiden lassen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Nach kurzer Weiterdiskussion wird die Wahl in namentlicher Abstimmung über den Antrag Schwarze mit 159 gegen 158 Stimmen für gültig erklärt. Die Verkündung des Resultats wird auf der Rechten und im Zentrum mit lebhaften Beifallsrufen, auf der Linken mit Zischen aufgenommen.

Die Wahl des Abg. Haupt (Soz.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt Gültigkeitserklärung der Wahl.

Abg. **Reißhaus** (Soz.):

Die Beweiserhebung hat die Richtigkeit der im Wahlprotest erhobenen Behauptung in bezug auf die Wahl in Möckern ergeben; entgegen dem Wahlreglement hat nicht der Wahlvorsteher die Wahlkuverts in die Urne gelegt. Dadurch kam es, daß nur 350 Wahlkuverts in der Urne gefurden wurden, während 352 Wähler abgestimmt haben. Außerdem fanden sich in zwei oder drei Kuverts zwei oder drei Stimmzettel. Würde man diese Verstöße sämtlich zuungunsten Haupts rechnen, so würde die Wahl Haupts gültig bleiben. Einen Antrag, den ganzen Wahlakt in Möckern zu kassieren, hat die Kommission abgelehnt, aber sie hat beschlossen, die 26 Stimmen, die Haupt mehr erhalten hat als sein Gegenkandidat v. Byern, Haupt abzuziehen. Das ist natürlich ganz dasselbe im Resultat, wie die Kassierung des ganzen Wahlaktes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Rechtsstandpunkt hat mit Recht auch nicht mehr das allermindeste zu tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hätte v. Byern die Mehrheit der Stimmen erhalten, so möchte ich wohl wissen, ob die Kommission ebenso verfahren wäre. Daß das nicht der Fall ist, sieht man aus der Behandlung des Wahlaktes in Wudicke, wo die Konservativen 138 und Haupt 57 Stimmen erhalten haben. Dort hat, wie der Gegenprotest behauptet, der Amtsdiener auf Veranlassung des Wahlvorstehers, der zugleich Amtsvorsteher war, Stimmzettel verteilt, und zwar sowohl gedruckte wie geschriebene, und je nach dem Stand des Wählers ihm einen gedruckten oder einen geschriebenen gegeben. Dadurch mußten die abhängigen Wähler in ihrer Wahlfreiheit beeinträchtigt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem hat der Wahlvorsteher dem Amtsdiener aufgegeben, konservative Stimmzettel zu besorgen, als sie knapp wurden. In schöner Einigkeit sehen wir Wahlvorsteher, Beisitzer und Amtsdiener im Wahllokal konservative Wahlagitation treiben, was dem Gesetz durchaus widerspricht. Hier aber zog die Mehrheit der Kommission keine Folgen aus diesem Verstoß, sie sagte vielmehr, aus den Behauptungen eines Gegenprotestes könne man nicht Folgerungen zugunsten des Gewählten ziehen. Das ist eine Verlegenheitsausrede, die vollkommen in der Luft schwebt. Dieser Beschluß ist noch ungerechter als der im Fall Becker, es ist ein Fehlschluß im allerschlimmsten Sinne des Wortes. Diese Art der Beschlußfassung ist eine Willkür, und alle Parteien haben ein Interesse daran, solche Dinge zu beseitigen. Ich bin überzeugt, daß die Mehrheit des Hauses soviel Gerechtigkeitsgefühl hat, die Wahl unserem Antrag gemäß für gültig zu erklären, oder sie doch mindestens zur erneuten Prüfung an die Kommission zurückzuverweisen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.): Im Falle Haupt liegen die Dinge ganz anders wie im Falle Becker. In Wudicke sind nicht Verstöße gegen das Wahlreglement, sondern nur Wahlbeeinflussungen vorgekommen. In Möckern dagegen ist gegen das Wahlreglement verstoßen worden. Hier hätte die Wahl kassiert werden müssen; die Kommission hat dem Abg. Haupt die betreffenden Stimmen abgezogen, was auf dasselbe hinaus kommt.

Abg. Dr. **v. Veit** (k.) bittet ebenfalls, im Sinne der Kommission zu beschließen.

Abg. Dr. **Neumann-Hofer** (Vp.): Die Behauptung der Wahlbeeinflussung in Wudicke befindet sich in einem Gegenprotest und aus solchen Behauptungen sind bisher nie Folgerungen gezogen worden. Etwas anders liegt es im Falle Möckern. Dort ist dem Ergebnis nach die Wahl kassiert worden. Nach dem eben gefaßten Beschluß im Falle Becker, der sich im Widerspruch befindet zu der Auffassung der großen Mehrheit der Kommission, sollte die Kommission doch noch einmal in die Lage versetzt werden, diese Frage gründlichst zu prüfen. Ich unterstütze daher den Antrag, die Wahl des Abg. Haupt an die Kommission zurückzuverweisen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Schmidt-Meißen** (Soz.):

Darüber, daß in Möckern Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, war man sich in der Kommission einig. Nur über die Folgen war man verschiedener Meinung. Eine Minderheit war dafür, daß, wenn man die Wirkung der Unregelmäßigkeiten richtig prüfe, man dahin kommen müsse, auch nur 6 Stimmen abzuziehen. Hätte man so beschlossen, so hätte die Wahl Haupts für gültig erklärt werden müssen. — In Wudicke soll es sich um einen Gegenprotest handeln. Aber die Protesterheber haben mit keinem Wort Bezug genommen auf den Prozeß. Und tatsächlich werden in diesem sogenannten Gegenprotest unzweifelhafte Wahlbeeinflussungen festgestellt. Aus der Verteilung von konservativen Stimmzetteln durch den Gemeindediener im Auftrage des Wahlvorstehers, der solche konservativen Stimmzettel an die übrigen Ortsvorsteher verschickt hatte, geht klar hervor, daß v. Byern der Kandidat der Behörden war. Ich bitte Sie unter diesen Umständen dringend, wenigstens dem Antrag auf Zurückverweisung der Wahl an die Kommission zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht auf Gültigkeitserklärung wird zurückgezogen zugunsten eines Antrages auf Zurückverweisung an die Kommission zur nochmaligen Prüfung. Ueber diesen Antrag Albrecht wird namentlich abgestimmt. Er wird mit 170 gegen 142 Stimmen angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr.

Auf Antrag **Bassermann** (natl.) soll morgen ein Schwerinstag stattfinden. Auf die Tagesordnung werden gesetzt: Antrag Bassermann auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Regelung des Submissionswesens und Antrag Normann (k.) auf Schaffung neuer kleiner Garnisonen sowie einmaliger freier Eisenbahnfahrt im Jahre für die Militärurlauber.

Schluß: 7 Uhr.

Notre Dame von Paris.

Roman von Viktor Hugo.

24

„Also ist's falsch," begann Coictier leidenschaftlich aufs neue, „daß die Gicht eine innere Flechte ist, daß man eine Schußwunde durch Auflegen einer gebratenen Maus heilt, daß frisches, in die Adern gegossenes Blut den alten Körper verjüngt?"

Der Archidiakonus erwiderte trocken: „Ueber gewisse Dinge denke ich auf meine Weise." Coictier ward rot vor Zorn.

„Still, still, guter Coictier, ärgert Euch nicht," sagte der Gevatter Tourangeau; „der Herr Archidiakonus ist unser Freund." Coictier beruhigte sich, murmelte aber zwischen den Zähnen: „Er ist verrückt."

„Meister Claude," begann der Gevatter aufs neue nach einigem Schweigen, „ich fühle Zwang in Eurer Nähe. Um zwei Dinge wollte ich Euch um Rat fragen, um meine Gesundheit und meinen Stern." — „Herr," erwiderte der Archidiakonus, „war das Euer Gedanke, hättet Ihr besser getan, Euch auf den vielen Stufen meiner Treppe nicht außer Atem zu steigen. Ich glaube weder an die Medizin noch an die Astrologie."

„Wahrhaftig," rief der Gevatter überrascht aus. Coictier sagte leise mit gezwungenem Lächeln: „Seht Ihr, daß er verrückt ist?"

„Wie kann man sich einbilden," sagte Claude, „daß jeglicher Strahl eines Sternes ein Faden ist, der am Haupte eines Menschen haftet?"

„Woran glaubt Ihr denn?" rief der Gevatter aus. Der Archidiakonus stand einen Augenblick unentschlossen da. Dann spielte ein düsteres Lächeln um seinen Mund, welches seine Antwort der Lüge zu zeihen schien: „Credo in Deum." — „Dominum nostrum," fügte der Gevatter hinzu, ein Kreuz schlagend. — „Amen," sagte Coictier.

„Ehrwürdiger Vater," sprach der Gevatter, „ich bin tief entzückt, Euch so fromm zu sehen. So gelehrt Ihr aber auch seid, geht dies so weit, daß Ihr auch nicht an die Wissenschaft glaubt?"

„Nein," sprach der Archidiakonus, er ergriff den Arm des Gevatters und ein Blitz des Enthusiasmus entzündete sich in seinem matten Auge, „nein, die Wissenschaft leugne ich nicht. Umsonst kroch ich nicht durch die zahllosen Windungen der Höhle und grub meine Nägel in den Boden; ich blickte am Ende des dunklen Ganges ein Licht, eine Flamme, ein Etwas; gewiß den Reflex des blendenden Zentral-Laboratoriums, wo die Geduldigen und Weisen Gott überraschten." — „Kurz," sagte Tourangeau, „etwas haltet Ihr für wahr und gewiß?" — „Die Alchimie."

Coictier rief aus: „Bei Gott, Don Claude, die Alchimie hat gewiß recht, warum aber lästert Ihr die Astrologie und Medizin?"

„Eure Wissenschaft des Menschen ist ein Nichts; Eure Wissenschaft des Himmels ist ein Nichts," sprach der Archidiakonus in stolzem Ton.

„Ihr schont ja weder Epidaurus noch Chaldäa," erwiderte spottend der Arzt. — „Hört, Herr Jacques, ich spreche aus Ueberzeugung, bin kein Arzt des Königs, und Seine Majestät schenkte mir auch nicht den Garten Dädalus, die Sterne dort zu beschauen. Aergert Euch nicht und hört mich an. Welche Wahrheit habt Ihr, — ich meine nicht aus der Medizin, denn diese ist albernes Geschwätz, sondern aus der Astrologie gewonnen? Erwähnt nur die Eigenschaften des Bustrophedon Verticalis, das Ergebnis der Zahlen Ziruph und Zephirod?"

„Leugnet Ihr denn," schrie Coictier, „die symbolische Kraft der Clavicula und alles, was die Cabbala daraus herleitet?"

„Irrtum, Herr Jacques; keine Eurer Formeln grenzt an die Wirklichkeit. Die Alchimie aber kann ihre Entdeckungen aufweisen. Wollt Ihr Resultate, wie die folgenden, ableugnen? Das tausend Jahre im Innern der Erde eingeschlossene Eis wird zum Bergkristall. — Blei ist der Ahn aller Metalle; denn das Gold ist kein Metall, sondern Licht. — Das Blei bedarf vier Perioden von zweihundert Jahren, um allmählich in den Zustand des roten Arseniks, von da in den des Zinnes und Silbers überzugehen? Sind das nicht Tatsachen? Allein an die Clavicula, die volle Linie und die Sterne zu glauben, ist ebenso lächerlich, als der Wahn der Einwohner von Grand-Cathay, die Goldammer verwandle sich in einen Maulwurf und die Kornkörner in Fische."

„Ich habe die Hermetik studiert," rief Coictier, „und behaupte . . ." Aber der ungestüme Archidiakonus ließ ihn den Satz nicht schließen. — „Auch ich habe die Medizin, Hermetik, Astrologie studiert. Hier allein liegt die Wahrheit! (Bei den Worten nahm er vom Pult die schon erwähnte Phiole voll schwarzen Pulvers.) Hier allein ist Licht! Hippokrates ist ein Traum, Urania ein Traum, Hermes ein Gedanke. Das Gold ist die Sonne; Gold machen heißt Gott sein. Das ist die einzige Wissenschaft. Ich sagte Euch, Medizin und Astrologie habe ich durchforscht! Nichts! gar nichts! Dunkel der menschliche Körper, dunkel die Gestirne!"

Dann fiel er mit dem Ausdruck der Begeisterung auf seinen Stuhl zurück. Gevatter Tourangeau beobachtete ihn schweigend. Coictier zuckte unmerklich die Achseln und wiederholte mit leiser Stimme: „Verrückt! verrückt!"

Plötzlich fragte Tourangeau: „Habt Ihr das wunderbare Ende erreicht? Habt Ihr Gold gemacht?"

„Könnte ich das," erwiderte Claude langsam, wie ein Mann, der nachsinnt, „hieße der König von Frankreich Claude und nicht Ludwig."

Der Gevatter runzelte die Brauen.

„Was sagt' ich da?" rief Claude mit verächtlichem Lächeln. „Der Thron Frankreichs wäre mir unbedeutend, da ich den Thron des Orients würde aufbauen können." — „Das ist was anderes," sagte Tourangeau. — „O, der arme Verrückte!" murmelte Coictier.

Der Archidiakonus fuhr fort, indem er nur seinen Gedanken nachzuhängen schien. „Doch ach! ich krieche noch am Boden! reibe die Knie mir auf den Kieseln des unterirdischen Ganges wund! Ich blicke nur von fern, ich schaue nicht! Ich lese nicht, ich buchstabiere?" — „Und wenn Ihr werdet lesen können," fragte der Gevatter, „werdet Ihr dann Gold machen?" — „Wer zweifelt daran?" sprach der Archidiakonus. — „In dem Fall weiß Unsere Frau, daß ich sehr des Geldes bedarf, und ich möchte gern in Euren Büchern lesen können. Sagt mir, ehrwürdiger Meister, Euere Wissenschaft ist Unserer Frau doch nicht mißfällig?"

Auf diese Frage des Gevatters antwortete Claude mit ruhiger Würde: „Ich bin Ihr Archidiakonus." — „Jawohl, Meister. Nun, wollt Ihr mich einweihen? Laßt mich mit Euch buchstabieren."

Claude nahm die majestätische und priesterliche Stellung eines Samuel an. „Alter Mann," sprach er, „man bedarf längerer Jahre, als Euch bleiben, eine Reise durch diese geheimnisvollen Dinge zu unternehmen. Euer Haupt ist grau. Man verläßt das Heiligtum nur mit gebleichtem Haar, aber man kann es nur mit schwarzem betreten. Die Wissenschaft allein vermag schon das menschliche Antlitz zu höhlen, zu trocknen und zu dörren; sie bedarf des Alters nicht, das Antlitz mit Falten zu durchziehen. Treibt Euch dennoch bei Eurem Alter die Lust, Euch Mühen zu unterziehen, das furchtbare Alphabet der Weisen zu entziffern, dann kommt zu mir, ich will es versuchen. Euch armem Greis will ich nicht zumuten, die Grabkammern der Pyramiden, von denen der alte Herodotus spricht, noch den Turm von Backsteinen in Babylon, noch den indischen Marmortempel von Ecklinga zu besuchen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

140. Sitzung vom Dienstag, 25 Februar, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

Die **Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung wird fortgesetzt** bei dem Fortbildungsschulwesen.

Abg. Borchardt (Soz.) ist aus sachlichen Gründen gegen die Einführung des Religionsunterrichtes. Wenn Sie wirkliche Freiwilligkeit wollen, dann müßte es doch genügen, daß die Kirche die jungen Leute zu sich einladet. Aber Sie wissen, daß dann kaum jemand kommen würde und deshalb rufen Sie nach Zwang. Freiwillig kommen die jungen Leute nur zur Sozialdemokratie. Wir wollen freie Menschen erziehen, Sie sagen: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben! Der konservative Abg Lieneweg hat sich darüber aufgeregt, daß die sozialdemokratische Partei in Bielefeld energisch gegen die Prügelpädagogik in der Fortbildungsschule eingetreten ist. Haben denn diese jungen Leute weniger Ehre im Leib, als etwa die Kadetten? In der Bielefelder Schule war auch der Mißbrauch getrieben worden, einen „nationalen", das ist in Wahrheit einen antisozialistischen Turnverein zu empfehlen. Die Indienststellung der Fortbildungsschulen für die staatliche, parteipolitisch gegen die Sozialdemokratie gerichtete Jugendpflege ist ein schreiender Mißbrauch. Für solche parteipolitischen Bestrebungen stehen die Schulzeit und die Schulräume zur Verfügung, während sie uns für unsere Bildungsbestrebungen verweigert werden. Auf dem deutschen Landwirtschaftsrat hat man gefordert, daß die Fortbildungsschulen im Interesse des Christentums gegen die internationale Verbrüderung tätig sein sollen. Sie führen das Christentum immer im Munde, kennen es aber gar nicht, denn sonst müßten Sie wissen, daß das Christentum zuerst den Gedanken der internationalen Verbrüderung gepredigt hat. Wir protestieren mit aller Energie gegen den parteipolitischen Mißbrauch der von allen Steuerzahlern erhaltenen Staatseinrichtungen. Wir wissen, daß dieser Protest auf die Regierung und die reaktionären Parteien, zu denen ich auch die Fortschrittliche Volkspartei rechne, die in Berlin über die Fortbildungsschulen regiert, keinen Eindruck machen wird. Aber fahren Sie nur so fort, Sie besorgen doch nur unsere Geschäfte, denn unser wird die Erde sein! (Lebhaftes Bravo! bei der Soz., Lachen bei der Mehrheit.)

Abg. v. Richthofen (kons.): Der Vorredner hat die Religion beinahe als etwas Verächtliches hingestellt, das beweist wieder die Feindschaft der Sozialdemokraten gegen die Religion. Nicht Religion ist Privatsache, sondern Antichristentum ist Parteisache! (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Die Fortbildungsschulen sollen mißbraucht werden? Wer will denn sonst die Jugend unter die schlimmste Tyrannei bringen, als die Sozialdemokratie? (Beifall rechts.) Hier wird Borchardt keinen Eindruck machen, mit solchen Reden gehe er in die Volksversammlung!

Die Autorität der Eltern und Lehrherren muß gestärkt werden, deshalb brauchen wir die Religion in der Fortbildungsschule. Hoffentlich kommt es noch einmal zu einem Gesetz, das sie enthält. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Nach Annahme eines Schlußantrages erklärt

Abg. Borchardt (Soz — zur Geschäftsordnung) hierdurch verhindert zu sein, der gänzlich falschen Darstellung des Vorredners über seine Stellung zur Religion entgegenzutreten, und nachzuweisen, daß in dem sozialdemokratischen Parteiprogramm nicht Religion als Privatsache erklärt, sondern ihre Erklärung zur Privatsache gefordert werde, sowie, daß es ihm gar nicht eingefallen sei, die Religion als etwas Verächtliches hinzustellen, oder Feindschaft gegen die Religion zu betätigen. Ebenso ist es ganz falsch, daß ein Antichristentum Parteisache der Sozialdemokratie wäre. (Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Thurm (Vp.): In den gewerblichen Fachschulen sollte mehr auf den Flachsbau bei Sorau hingewiesen werden.

Abg. Wenke (Vp.): Die Holzschnitzereischule in Warmbrunn macht dem Gewerbe unzulässige Konkurrenz.

Ein Regierungskommissar: Auch wir sind dagegen, aber das Kuratorium der Schule will nicht.

Abg. Lieneweg (kons.) entwickelt nochmals die schon in der allgemeinen Besprechung vorgebrachten altbekannten Handwerkerwünsche und wendet sich nochmals gegen die Durchführung der Bäckereiverordnung.

Abg. Wenke (Vp.) spricht gegen die Umwandlung von freien Innungen in Zwangsinnungen und nimmt den Hansabund gegen den Vorwurf der Mittelstandsfeindlichkeit in Schutz.

Abg. Borchardt (Soz.): Die Wiederholungen des Abg. Lieneweg gingen wieder auf die bekannte Forderung hinaus: „Konkurrenz gegen das Handwerk ist bei Zuchthausstrafe verboten!" Herr Lieneweg hat auch Schutz der Arbeitswilligen verlangt. Sie sprechen von Terrorismus, wir alle aber wissen, daß die Konservativen die öffentliche Wahl nur deshalb beibehalten, weil sie ohne Terrorismus keine Wähler hinter sich haben. Als in Magdeburg Lohnstreitigkeiten zwischen den Bäckermeistern und den Arbeitern entstanden und einzelne Bäckermeister mit den Arbeitern Vereinbarungen trafen, beschloß die Zwangsinnung, daß solche Sondervereinbarungen bei 20 Mark Geldstrafe für jeden Fall und Tag verboten sein sollen. Das ist ein offenbarer Verstoß gegen die §§ 152/153 der Gewerbeordnung, worin für jede Drohung, mit der die Teilnahme an Lohnvereinbarungen erzwungen werden soll, Gefängnis bis zu drei Monaten festgesetzt wird. Die Richter und Staatsanwälte machen hiervon gegen die Arbeiter stets Gebrauch. Als aber der Terrorismus der Bäckerinnung Magdeburg mit Erfolg geübt wurde, wies der Amtsanwalt eine Strafanzeige deshalb zurück, weil die Beschuldigten in dem besten Glauben gehandelt hätten, daß ihr Beschluß gesetzmäßig und giltig gewesen sei. Der erste Staatsanwalt schloß sich dem Amtsanwalt an und das Oberlandesgericht hat die Beschwerde zurückgewiesen, weil sich die Innungsleitung für berechtigt gehalten habe, jedenfalls aber nicht im Entferntesten daran gedacht hätte, daß sie sich durch einen solchen Beschluß strafbar machen könnte.

Abg. Dr. Maurer (natl.) wünscht ein energischeres Einschreiten der Regierung gegen die Monopole für Installation und Materialien der Elektrizitätsindustrie.

Handelsminister Dr Sydow gibt zu, daß der Erlaß von 1911 die Bildung dieser Monopole noch nicht in wünschenswerter Weise verhindert hat und zwar weil die Kommunen und Kommunalverbände im Abschluß der Verträge ganz selbständig sind. Eine Einwirkung des Staates, um die Elektrizitätszentralen den Konsumenten gegenüber nicht übermächtig werden zu lassen, wird nur möglich sein unter Einschränkung der Gewerbefreiheit. Die Frage wird erwogen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) fordert vom Minister Antwort auf die Rede Borchardts. Die Vorgänge in Magdeburg, Leipzig und anderen Orten haben die Innungen als Kampforganisationen gegen die Arbeiter erwiesen.

Minister Sydow erklärt, daß zwar die §§ 152/153 Gewerbeordnung auch für Zwangsinnungen gelten, aber daneben auch § 81a und gegen den hat der Magdeburger Beschluß nicht verstoßen. Ich werde ihn also nicht beanstanden. Es handelt sich in Magdeburg um einen Kampf des Zentralverbandes der Bäcker gegen die nicht zur sozialdemokratischen Richtung gehörenden Bäckermeister, und die tariftreuen Gesellen darin zu unterstützen, wird meine Aufgabe sein, so weit es mit dem Recht vereinbar ist. (Beifall.)

Abg. Hammer (kons.): Ich habe stets gesagt, daß ein großer Teil des Mittelstandes die geheime Wahl will und daß ich das bedauere. Kein Parlament der Welt tritt so für den Mittelstand ein, wie das auf Grund des jetzigen Wahlrechts gewählte preußische Abgeordnetenhaus. Der Freisinn ist handwerkerfeindlich. (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird gegen die Linke angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz. — zur Geschäftsordnung): Sie machen wieder einmal Schluß, weil Sie Angst haben vor der Blamage. (Sehr richtig! links.) Ich hätte dem Handelsminister nachweisen können, daß sein Vorgehen in keiner Weise irgend eine rechtliche Stütze findet. Diese Erwiderung hätte Ihnen unbequem werden können und daher dieser gewaltsame Schluß. (Zuft links.)

Abg. Dr. Mugdan (Vp.): Durch diesen konservativen Schlußantrag ist es uns unmöglich gemacht, auf die Angriffe des konservativen Redners zu antworten.

Abg. Hammer (kons.): Es wir kein Angriff, sondern eine Abwehr.

Abg Zuft (natl.) verlangt, daß die Regierung Maßnahmen gegen weitgehenden sozialdemokratischen Einfluß auf die nichtgewerbemäßige Arbeitsvermittlung ergreift.

Abg. Leinert (Soz.): Wir bedauern, daß die Arbeitersekretariate der Gewerkschaften unterschätzt werden, die eine außerordentlich segensreiche Tätigkeit entwickeln. Die freien Gewerkschaften sind damit schon vorgegangen, als weder die Regierung noch irgend eine bürgerliche Partei sich dieser Sache annahmen. In der „Deutschen Richterzeitung" schilderte kürzlich ein Gerichtsvollzieher, wie arg es auf dem Lande noch mit der Rechtshilfe steht. Aber das gilt auch für die minder bemittelte Bevölkerung der Städte. Professor Bernhard hat in seinem Buch über die „Unerwünschten Folgen unserer Sozialpolitik" von dem verhängnisvollen Wirken der Winkelkonsulenten und Arbeitersekretäre gesprochen, die die Simulation begünstigten und den Leuten die Rentensucht suggerierten. Wir protestieren dagegen, daß von einer anscheinend wissenschaftlichen Seite derartig unbeweisbare Behauptungen über die Arbeitersekretariate in die Welt gesetzt werden. Der Einfluß der Arbeitgeberverbände auf die Arbeitsnachweise wird immer stärker. Dr. Beumer hat offen gefordert, daß die Arbeitsnachweise für die Arbeitgeber Machtmittel gegen die Arbeiterorganisationen sein sollen.

Das Material über die Kennzeichnung und Registrierung nicht einzustellender, streikender und ausgesperrter Arbeiter wird ja ängstlich geheimgehalten. Aber auf der Konferenz der Arbeitgebernachweise in Wiesbaden ist dieses System offen zugegeben worden. Prof. Weber hat dort das Mißtrauen der Arbeiter gegen die Arbeitgebernachweise als vorhanden und berechtigt erklärt. Nach dem Verlauf jener Konferenz wird dieses Mißtrauen erst recht überall vorhanden sein. Wir protestieren gegen jede Anerkennung der Arbeitgebernachweise durch die Regierung. Nach dem Stellenvermittlungsgesetz kann der Minister den Arbeitgebernachweisen die Führung schwarzer Listen und das System der Spitzelei und der Uriasbriefe verbieten. Tut er es nicht, so fördert er diese Dinge. Das Handelsministerium will eben mit Gewerkschaften überhaupt nicht in Verbindung treten. Das ist seine Sozialpolitik (Hört, hört! bei den Soz.)

Ueber das Wesen der Tarifverträge sind sich heute Gewerkschaften und Unternehmer einig. Sogar der Handwerkskammertag hat gefordert, daß eine Durchführungsinstanz für Tarifverträge geschaffen werde. Der Reichstarif der Maler fordert auch den paritätischen Arbeitsnachweis überall und gemeinsame Arbeit gegen die Schmutzkonkurrenz.

Der Minister hat vorhin erklärt, er müsse die staatstreuen Bäckermeister in Magdeburg gegen den sozialdemokratischen Gehilfenverband schützen. Das ist die Neutralität des Ministers und der Staatsverwaltung im wirtschaftlichen Kampf! Der Minister stellt sich im Kampf um bessere Bedingungen auf die Seite der Bäckermeister!

Die zarte Pflanze des paritätischen Arbeitsnachweises braucht sorgsame Pflege und Takt von beiden Seiten. Durch das Vorgehen des Ministers, das im Geiste Dallwitzens liegen mag, muß das Vertrauen der Arbeiter verfliegen und kann die Zukunft der Arbeitsnachweise auf das Schwerste gefährdet werden. Da wäre es ebenso gut, die Arbeitsnachweise unterständen gleich dem Polizeiminister! Das Vorgehen des Ministers ist und bleibt eine bewußte Parteinahme für die Arbeitgebernachweise. Das sei festgestellt. (Beifall bei den Soz.)

Mittwoch, 11 Uhr: Weiterberatung. — Schluß: 5 Uhr.

Parteinachrichten.

Landtags-Kandidaturen in Preußen. Zu den preußischen Landtagswahlen nahm am Sonntag eine Generalversammlung des Reichstagswahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg Stellung. Dieser Kreis deckt sich mit den drei Landtagswahlbezirken Schöneberg-Neukölln, Charlottenburg und Teltow-Beeskow. In Schöneberg-Neukölln hatten wir schon 1908 nahezu die absolute Mehrheit. Da sich inzwischen die Verhältnisse noch zu unseren Gunsten verschoben haben, so rechnen unsere Parteigenossen mit Bestimmtheit auf den Sieg. Die Generalversammlung stellte als Kandidaten für Schöneberg-Neukölln den Genossen Hué auf, um mit ihm einen geeigneten Vertreter der Bergarbeiterinteressen in den Landtag zu bringen. Für Charlottenburg wurde Genosse Zietsch und für Teltow-Beeskow, einen vorwiegend ländlichen Kreis, der zwei Abgeordnete zu wählen hat, an erster Stelle Genosse Hofer (Landwirt in Ostpreußen) und an zweiter Stelle Genosse Kroger aufgestellt.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen im Bildhauergewerbe.

In Bremen stehen die Bildhauer der „Bremer Möbel-Industrie Akt.-Ges." im Streik. Es wurde ihnen zugemutet, nicht nur zu denselben niedrigeren Preisen die Arbeiten anzufertigen, wie die Kleinmeister am Orte, sondern sie sollten einer Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 50 auf 53 Stunden ihre Zustimmung geben. In allen übrigen Möbelfabriken und Tischlereien besteht für die Bildhauer die 50stündige Arbeitszeit. Die Unternehmer in der Bremer Möbel-Industrie stützen sich darauf, der Anweisung des Unternehmerverbandes Folge geben zu müssen; es könne nicht geduldet werden, daß eine einzelne Gruppe im Betriebe eine kürzere Arbeitszeit habe. Bisher hatten die Bildhauer in der Fabrik aber diese kürzere Arbeitszeit.

In Osterode a. Harz haben die Bildhauer und Hilfsarbeiter der Alabasterfirma Kochenhörfer, Hofkunstanstalt, geschlossen die Kündigung eingereicht. Organisiert sind die Arbeiter teils im Zentralverein der Bildhauer, teils im Porzellanarbeiterverband. Vor kurzem erst wurde die Firma durch einmütiges Zusammenhalten der Arbeiter gezwungen, die 9stündige Arbeitszeit wieder einzuführen, die früher schon für die Bildhauer bestanden hatte. Neuerdings wurden 2 Vertrauensleute des Zentralvereins der Bildhauer im Betriebe gekündigt, angeblich wegen Arbeitsmangels. Einige Tage vorher war aber angeordnet worden, daß wieder volle Zeit gearbeitet werden müsse. Von den Arbeitern wurde die Kündigung als Maßregelung angesehen. Mehrere Versuche, mit der Firma zu verhandeln, scheiterten, der Fabrikausschuß wurde auf eine schriftliche Vorstellung ohne jeden Bescheid gelassen. Da blieb den Arbeitern nichts anderes übrig, als durch einmütiges Vorgehen sich mit ihren beiden Vertrauensleuten solidarisch zu erklären.

In Schönlanke (Prov Posen) machen sich die erbärmlichen Zustände der Massenartikelbranche für die Arbeiter sehr bemerkbar. Die Firma Ziak tut sich darin besonders hervor. Trotz eines bestehenden Tarifvertrages versuchen die Unternehmer fortgesetzt, die Bildhauerarbeiten (Dutzendartikel, Pfennigartikel) immer weiter noch im Preise herabzudrücken. Obwohl die Akkordpreise für neue Muster mit einer Lohnkommission zu vereinbaren sind, setzten die Unternehmer die Preise eigenmächtig fest. Die organisatorische Zerrissenheit der Arbeiter kommt ihnen dabei zustatten. Ein Teil der Arbeiter ist im Zentralverein organisiert, der andere Teil im christlichen Holzarbeiterverband und der Rest ist unorganisiert.

In Darmstadt, Erfurt, Großschönau und Langenöls sind die Holzbildhauer an der Tarifbewegung im Holzgewerbe interessiert, es handelt sich dort für sie um einige besondere Forderungen, die in der Eigenart des Berufs begründet sind, die aber nur bei den Verhandlungen mit den Holzarbeitern durchgesetzt werden können.

In Böhmen stehen die Bildhauer und Stukkateure in einer Tarifbewegung, die schon teilweise zur Arbeitsniederlegung geführt hat. Die deutschen Bildhauer werden daher ersucht, Arbeitsangebote nach dorthin nicht anzunehmen.

*

Die Aluminiumformer der Firma Rudolf Rautenbach-Solingen sind in Streik getreten. Am 28. Februar werden sich die Rotgußformer und Temperformer dem Streik anschließen. Die Firma versucht nun unter allerhand Versprechungen fremde Former heranzuziehen. Zuzug nach Solingen ist fernzuhalten.

Industrie, Handel und Verkehr.

Die Einfuhr von Milch in Deutschland hat im vergangenen Jahre infolge des Ausbruches der Maul- und Klauenseuche unter dem deutschen Viehbestande eine ganz gewaltige Höhe erreicht. An frischer und entkeimter, sowie Magermilch wurden insgesamt 480 274 Doppelzentner im Werte von 5¾ Millionen Mark aus dem Auslande bezogen, gegen 420 734 Doppelzentner im Jahre 1911. Die Einfuhr von Rahm, die im Jahre 1911 317 616 Doppelzentner ausmachte, belief sich im Jahre 1912 auf 419 495 Doppelzentner im Werte von 35 Millionen Mark. Auch die Einfuhr von Buttermilch und Käse hat nicht unerheblich zugenommen. Die gesamte Einfuhr von Molkereiprodukten im Jahre 1912 wird in einer amtlichen Statistik mit 202 258 000 Mark bewertet gegen 193 034 000 Mark in 1911, was ein Plus von 9¼ Millionen Mark ausmacht. Der genannten Einfuhr im Werte von 202¼ Millionen Mark steht eine Ausfuhr von 3 344 000 Mark entgegen.

Die Metallerzeugung der Erde im letzten Jahrzehnt. Die größte Steigerung des Ertrages hat während der letzten 10 Jahre das Aluminium erfahren, dessen Erzeugung sich seit Beginn des Jahrhunderts versechsfacht hat. Demnächst entfällt die größte Vermehrung der Produktion auf das Nickel, indem sie für dies Metall von 9000 auf 25 000 Tonnen, also fast das Dreifache angewachsen ist. Mehr als verdoppelt hat sich außerdem noch die Gewinnung von Antimon, die von 10 000 auf 23 000 Tonnen jährlich zugenommen hat. Dann sind drei Metalle zu nennen, deren Produktion um 80 vom Hundert gestiegen ist, und es ist besonders bedeutsam, daß sich unter diesen das Gold befindet, von dem im Jahre 1901 erst 380, im Jahre 1911 680 Tonnen gewonnen wurden. Kupfer und Zink sind gleichmäßig von 500 000 auf 900 000 Tonnen vermehrt worden. Erheblich geringer ist die Steigerung beim Eisen, nämlich nur 60 v. H. Aber dafür ist die Produktion dem Gewichte nach selbstverständlich allen anderen Metallen zusammengenommen weit überlegen; sie wuchs von 41 auf 65 Millionen Tonnen. Geringere Zunahme haben die anderen Metalle aufzuweisen, das Silber um 36, Zinn und Quecksilber um je 33 und Blei um 29 v. H. Das Blei steht nach der erzeugten Menge an zweiter Stelle mit 1 120 000 Tonnen. Eine be-

---

Ich selbst schaute nie die chaldäischen Bauten, noch Salomos zerstörten Tempel, noch die zerbrochenen, steinernen Tore des Grabmals der Könige von Israel. Wir müssen uns mit den Fragmenten des Buches Hermes, das vor uns liegt, begnügen. Ich will Euch die Statue des heiligen Christoph, das Symbol des Säemanns, das der zwei Engel am Portal der heiligen Kapelle erklären, von denen der eine die Hand in ein Gefäß, die andere in eine Wolke tauchte.

Hier setzte sich Jacques Coictier, den die ungestümen Antworten des Archidiakonus bis dahin entwaffnet hatten, wieder auf seinen Sattel, und unterbrach ihn mit dem triumphierenden Tone eines Gelehrten, der einen anderen zurechtweist: „Erras amice Claudi. Das Symbol ist nicht die Zahl. Ihr haltet Orpheus für Hermes."

„Ihr irrt," erwiderte ernst der Archidiakonus; „Dädalus ist die Grundlage, Orpheus die Mauer, Hermes das Gebäude, das Ganze. — Kommt, wenn Ihr wollt," fuhr er fort, sich zu Tourangeau wendend, „ich will Euch die Goldteilchen zeigen, die am Boden des Schmelztiegels von Nikolas Flamel zurückblieben, und Ihr mögt es dann mit dem Golde Guillaumes von Paris vergleichen. Ich will Euch die geheime Kraft des griechischen Wortes peristera lehren. Vor allem aber laß ich Euch die marmornen Buchstaben des Alphabets, die Granitsäulen des Buches, lesen. Wir gehen zum Portal des Bischofs Guillaume und zu dem von St. Jean-le-Rond in der heiligen Kapelle, dann zum Grabe Flamels. Ich will Euch die Hieroglyphen erläutern, womit die vier großen, eisernen Blöcke des Portals am Hospital St. Gervais in der Straße Ferronnerie bedeckt sind. Auch studieren wir zusammen die Fassaden St. Côme . . ."

Schon lange schien Tourangeau Claude nicht mehr zu verstehen. Er unterbrach ihn: „Was habt Ihr denn da für Bücher?"

„Dort steht eins," sprach der Archidiakonus. Er öffnete das Fenster und zeigte auf die ungeheure Kirche Notre-Dame, die auf dem bestirnten Himmel den schwarzen Schattenriß der zwei Türme, der steinernen Seiten und des gigantischen Rückens hinzeichnete und als eine zweiköpfige, riesenhafte Sphynx, die in der Stadt ruhte, erschien.

Der Archidiakonus betrachtete einige Zeit schweigend das gigantische Gebäude, dann streckte er seufzend den rechten Arm gegen ein gedrucktes Buch, das auf dem Tische lag, und den linken gegen Notre-Dame; sein Blick wandte sich traurig vom Buche zur Kirche, und er sprach: „Ach, dies wird jenes töten."

Coictier, der mit Eifer dem Buche genaht war, konnte nicht unterlassen, auszurufen: „Nun, liegt denn hierin so viel Furchtbares? Es ist: Glossa in epistolas D. Pauli. Norimbergae, Antonius Koburger, 1474. Das ist nichts neues; ein Buch des Petrus Lombardus, des Magister Sententiarum. Meint Ihr, weil es gedruckt ist?"

„Ihr sagt es," erwiderte Claude. Er schien in tiefes Sinnen versunken, stand aufrecht und hielt den gekrümmten Zeigefinger auf den Folianten, den die berühmten Nürnberger Pressen geschaffen hatten. Dann fügte er die geheimnisvollen Worte hinzu: „Ach, ach! kleine Dinge folgen auf große; ein Zahn besiegt eine Masse, das Ichneumon tötet das Krokodil, die Harpune den Wallfisch, das Buch das Gebäude!"

Die Abendglocke des Klosters tönte in dem Augenblick, wo Coictier seinem Gefährten seinen ewigen Schlußreim wiederholte: „Er ist verrückt!" Diesmal erwiderte jener: „Jetzt glaub' ich's auch."

In dieser Stunde durfte kein Fremder im Kloster bleiben. Die beiden Fremden entfernten sich. — „Meister," sprach der Gevatter Tourangeau beim Abschied zum Archidiakonus: „Ich liebe die Gelehrten und die Männer von großem Geist; Euch aber achte ich vor allen. Kommt morgen zum Palais des Tournelles und fragt nach dem Abt von St. Martin-de-Tours."

Der Archidiakonus trat erstaunt in seine Zelle zurück; denn jetzt erst merkte er, wer der Gevatter Tourangeau war, und erinnerte sich an das Kartularium des Klosters St. Martin-de-Tours, wo es heißt: Abbas beati Martini, scilicet Rex Franciae, est canonicus de consuetudine et habet parvam praebendam, quam habet Sanctus Venantius, et debet sedere in sede thesaurarii.

Seitdem hatte, wie man erzählte, der Archidiakonus häufige Zusammenkünfte mit Ludwig XI., wenn seine Majestät nach Paris kam, so daß Claudes Kredit Verdacht bei Olivier-le-Daim und Jacques Coictier erweckte, der nach seiner Weise den König oft und hart darüber zurechtsetzte.

(Fortsetzung folgt.)

sondere Aufmerksamkeit verdient der Anteil der einzelnen Staaten an der Metallerzeugung in seiner Aenderung seit Beginn des Jahrhunderts. Die Ver. Staaten haben ihren Vorrang erheblich befestigt indem sie 1901 erst 35, 1911 dagegen 42 v. H. der gesamten Produktion lieferten. Die Quote Deutschlands ist von 21 auf 24 v. H. gestiegen, die Englands dagegen von 22 auf 16 gefallen. Zurückgegangen sind ferner Frankreich von 7 auf 6, Rußland von 7 auf 5, Oesterreich-Ungarn von 4 auf 3 v. H., während der Anteil Belgiens sich auf 3, der Schwedens auf 1 v. H. erhalten hat.

Vermischtes.

Tod im Betrieb. Berlin, 25. Februar. Eine schwere Explosion erfolgte heute vormittag im Königlichen Feuerwerkslaboratorium auf dem Eiswerder in Spandau. Als mehrere Arbeiter damit beschäftigt waren, Zündhütchen zu bestreichen, explodierte die Masse plötzlich. Ein Arbeiter wurde durch die Gewalt der Explosion förmlich in Stücke gerissen und war sofort tot. Eine Arbeiterin erlitt leichtere Verletzungen. Die Ursache der Explosion ist noch nicht ermittelt.

Mord- und Selbstmordversuch. München, 25. Februar. Eine aufregende Szene hat sich im Wintergarten in Nürnberg abgespielt. Dort hat der Kaufmann Gerasimo aus Kairo vor den Augen der Gäste auf die 26jährige Artistin Gertrud Mathäi zweimal geschossen, sie auch getroffen, doch nicht schwer verletzt. Darauf feuerte er mehrere Schüsse gegen sich selbst, hat sich aber nur eine Fleischwunde an der Schulter beigebracht.

Keine Hinrichtung. Augsburg, 25 Februar. Der vom hiesigen Schwurgericht wegen Ermordung des Stellmachermeisters Wagner zum Tode verurteilte Stellmachergeselle Willibald Meier wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Er hat seine Strafe bereits angetreten.

Mord und Selbstmord. Wien, 25. Februar. Der stellvertretende Direktor der Naphta-Werke, Karl Banting, hat in seiner Wohnung erst seine Frau und dann sich selbst erschossen. Der Grund ist in finanziellen Sorgen zu suchen.

Ein brandstiftender Pfarrer. Bordeaux, 23. Febr. Der Pfarrer Ribero des Ortes Landres ist gleichzeitig mit vier übel berüchtigten Individuen seiner Gemeinde wegen Brandstiftung verhaftet worden. Der Pfarrer hat seine eigene Kirche in Brand gesteckt, nachdem er vorher durch seine vier Helfershelfer das hochversicherte kostbare Mobiliar hatte beiseite schaffen lassen. Er gedachte die Versicherungssumme einzukassieren und einen Teil davon in seine Tasche wandern zu lassen. Der Pfarrer hat die Brandstiftung eingestanden.

Letzte Nachrichten.

Frankfurt (Main), 26. Februar. In geheimer Sitzung wählte gestern die Stadtverordnetenversammlung den sozialdemokratischen Stadtverordnete Schmidt zum Stadtrat.

Wien, 26. Februar. Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, sind die Großmächte übereingekommen, daß Rußland und Deutschland gemeinsam die Vermittlung zwischen Rumänien und Bulgarien durchführen sollen. Die Verhandlungen sollen in Petersburg geführt werden. Die Vertreter Deutschlands und Rußlands werden die Vertreter der übrigen Großmächte über den Stand der Verhandlungen auf dem Laufenden halten.

Bonn, 26. Februar. Auf dem Flugplatz Hangelar bei Bonn ist gestern der Flieger und Flugzeugkonstrukteur Bruno Wernigen mit einem Eindecker bei einem Probefluge mit einem neuen Apparat abgestürzt. Er blieb sofort tot. Der Sturz erfolgte aus einer Höhe von 50 Metern.

Essen, 26. Februar. Auf der Zeche „Ludwig" hat sich gestern eine Schreckensszene abgespielt. Der Maschinensteiger Riesterling wurde von dem Bergmann Unterstell, mit dem er wegen des Lohnes in Streitigkeiten geraten war, durch einen Herzschuß getötet. Von Polizeibeamten verfolgt, gab er auf diese mehrere Schüsse ab, verletzte aber nur einen Polizisten leicht. Schließlich gelang es, Unterstell zu verhaften.

Hamburg, 26. Februar. Von dem seit dem 7. Februar vermißten Dampfer „Klara und Hugo Stinnes" liegen bis heute noch keine Meldungen vor. Alle Nachforschungen nach dem Verbleib des Schiffes, das 19 Mann Besatzung führte, waren bisher ergebnislos.

Eingegangene Druckschriften.

Die **Sozialistischen Monatshefte**, redigiert von Dr. J. Bloch, Administration Berlin W., Potsdamer Straße 121h, die bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, haben soeben das 4. Heft ihres 19. Jahrgangs herausgegeben. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Eduard Bernstein: Probleme der britischen Arbeiterpartei. — Robert Schmidt: Das Theaterge etzprojekt. — Dr. Karl Kollwitz: Aerzte und Krankenkassen. — Karl Kampffmeyer: Das Problem der Prostitution. — Dr. Wilhelm Hausenstein: Flaubert. Ein Versuch. — Politik von W. Schröder. — Wirtschaft von M. Schippel. — Exakte Naturwissenschaften von Dr. F. Ischak. — Bildende Kunst von L. Stern. — Technik von Dr. H. Lux. — Verkehr von F. Linke.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg., pro Quartal (6—7 Hefte) 3 M. Zu beziehen durch unsere Buchhandlung.

Versammlungen.

Donnerstag, 27. Februar.

Mellbergen. Soz. Verein. Abends 9 Uhr bei Sander.

Freitag, 28. Februar.

Rutenhausen. Soz. Verein. Abends 7½ Uhr beim Genossen Gieseking, Nr. 70. Referent: Genosse Schreck-Bielefeld.

„... Kathreiners Malzkaffee ist in unserem Haushalt ein unentbehrliches Volksgetränk geworden."

Ueber 34000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

1524

Knorr

Pilz-Suppe enthält nur auserlesene Pilze und schmeckt ganz vorzüglich! Ein Würfel für 5 Teller 10 Pfennige.

Stadttheater.

Heute Mittwoch, 8 bis 10½ Uhr: III. Volks-Vorstellung. **Minna von Barnhelm.** (Alle Karten sind bereits vergeben)

Donnerstag, 7½ bis gegen 10½ Uhr: Benefiz für den I. Operetten-Tenor Fritz Redwitz. **Die Dollarprinzessin.** Operette von Leo Fall. 845

Sonnabend: **Die Rabensteinerin.**

Jüngere 1540 **Arbeitsburschen** gesucht. **A. & W. Opitz,** Buchdruckerei, Marktstr. 23

Geschäfts-Karten liefert in feinster Ausführung Buchdruckerei „Volkswacht".



Jurgens & Prinzen G. m. b. H., Goch (Rhld.) Fabrikanten der altbewährten Marke SOLO in Carton.

Restergeschäft wird anständigen Leuten unter günstig. Bedingungen eingerichtet. Anzahlung erforderlich, Laden nicht notwendig. Offerten unter D. E. 8186 an Rudolf Mosse, Dresden. 1545

Makulatur ist zu haben in der Buchhandlung „Volkswacht".

Strickgarn und selbst das allerteuerste, hat mancher Hausfrau Anlass zur Klage wegen des Eingehens und Verfilzens gegeben.

Ich führe eine neue, besonders hergerichtete, verbürgt reinwoll. Strickwolle, welche selbst nach heisser Wäsche nie filzig, dagegen nach jeder Wäsche weicher wird.

Jeder Versuch ist durchaus lohnend, da für Schweissfüsse oder empfindliche Füsse es nichts besseres gibt. 1529

Zentral-Bazar Pradel Jahnplatz 2.

Orts-Krankenkasse der Zigarrenarbeiter in der Stadt Bünde und im Amte Enniglob.

General-Versammlung am **Montag**, den **3. März d. J.**, **abends 7 Uhr**, im Gasthofe „Zum Deutschen Hause" (H. Meier) hier, zu der die gewählten Vertreter der Kassenmitglieder und Arbeitgeber hierdurch eingeladen werden.

Tages-Ordnung: 1526

Statut-Aenderung.

Bünde, den 26. Februar 1913.

Der Vorstand.
Karl Steinmeister, Vorsitzender.

Die Anzeigen in vorliegender Nummer wollen die Leserinnen und Leser der „Volkswacht" beachten.

Dr. Thompson's Seifenpulver
(Schutzmarke Schwan)
ist billig, bequem, sparsam,
schont die Wäsche

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Ueberschrift 10 Pfg. ✷ Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Verkäufe

Schuhwaren 1094
müssen Sie bei Kohlmeier & Düring, Bahnhofstr. 19, kaufen, da werden Sie am besten und billigsten bedient.

Billig
und gut kaufen Sie Stiefel und Schuhe bei Kohlmeier & Düring, Bahnhofstr 19. 1095

Konfirmanden-
Stiefel, feinste neueste Formen, billig bei Kohlmeier & Düring, Bahnhofstraße 19. 1096

Stiefel
und Schuhe kaufen Sie gut u. billig bei größter Auswahl in Formen und Lederarten bei Kohlmeier & Düring, Bahnhofstr. 19. Eigene Reparatur-Werkstatt im Hause. 150

Kochmaschine,
gebrauchte, weiße und schwarze, sowie gebrauchte Oefen in großer Auswahl gebe unter Garantie tadellosen Funktionierens billig ab. Adolf Heine, Ritterstraße 57. 80

Konfirmanden-
Anzüge, Knaben-Anzüge zu jedem annehmbaren Preis. Arnold Heine, Kaiserstr. 1. 1502*

Waschmaschinen
zu billigsten Preisen empfiehlt Wilhelm Hederich, Arndtstraße, gegenüber Kochs Fabrik. 1418,1

Kochherde
und Oefen, erstklassige, in großer Auswahl. Wilhelm Hederich, Arndtstraße, gegenüber Kochs Fabrik. ,2

Haushaltsgegenstände
in großer Auswahl bei billigsten Preisen Wilhelm Hederich, Arndtstraße, gegenüber Kochs Fabrik. ,3

Klappzylinder,
neueste Fassons 5.25, 6.00, 6.75, 8.50 Mk. Bielefelder Hutbazar, Bahnhofstr. 27. 7

Dauerwäsche,
erprobte Qualität billigst. Bielefelder Hutbazar, Bahnhofstr. 27. [8

Telacin,
bestes Knochenbildungsmittel bei englischer Krankheit. Zu haben in den Apotheken. 1437*

Wollen Sie Geld 1528
sparen und prima Waren kaufen, dann berücksichtigen Sie bei Ihren Einkäufen die Firma Sieverling, Blumenstr. 15. Teilzahlung gestattet.

Wir haben
Stiefel für Herren, Damen u. Kinder sowie Konfirmanden-Stiefel ganz besonders billig ausgelegt. Hesse, Rathausstraße 1. 1340,1

Bevor Sie
Konfirmanden-Stiefel anderweitig kaufen, kommen Sie zu uns, Sie werden sehen, daß der Weg sich bezahlt macht. Hesse & Co., Rathausstraße 1. ,2

Nur
bei Hesse, Rathausstr 1, können Sie die berühmten Salamander-Stiefel kaufen. ,3

Konfirmanden-
Stiefel kaufen Sie nirgends besser und billiger wie bei uns. Besichtigen Sie unsere 7 Schaufenster, in denen wir zeigen, was wir verkaufen. Hesse & Co., Rathausstr. 1. ,4

Brackwede. 1318
Empfehle, wie bekannt, zu extra billigen Preisen: Konfirmandenstiefel, Arbeiterstiefel, Schulstiefel, sowie alle besseren Herrenstiefel, Damenstiefel, Kinderstiefel. Rolf. Bielefelderstraße.

Farben,
trocken und streichfertig, harttrockende Fußbodenlackfarben billigst. Heinrich Kramme, Mühlenstr. 20. 1513*

Tapeten,
modern und billig. Heinr. Kramme, Mühlenstraße 20. 1514*

Herde,
Oefen und Haushaltungsgegenstände in großer Auswahl empfiehlt C. Brakemeier, Rohrteichstraße 72, gegenüber der Schule. 26

Trinkeier,
frische, hiesige Landeier, ein Pfund 75 Pfennig, zwei Pfund 145 Pfennig empfiehlt August Kronsbein, Markt 3, Butterkeller. 1501*

Apfelsinen, 1519*
zuckersüß, Dtzd. 30, 35, 40, 45, 50, 60, 70 Pfg., empfiehlt Oppermann, Jöllenbecker- und Bahnhofstr.-Ecke.

Kinderwagen
und Kinder-Klappstuhl, gut erhalten, billig zu verkaufen. Wertherstraße Nr. 97. 1534*

Schellfisch, 1537*
heute blutfrisch, Pfund 25 Pfg., empfiehlt Clemens Rose, Arndtstr. 36.

Fahrrad
mit Torpedo für 45 Mk. zu verkaufen. Stadtholz 8 I. 1509*

Sitzliegewagen
(Brennabor) billig zu verkaufen. Postgang 3, 2. Etg. 1536*

Zimmer.

Zimmer,
leeres, sofort zu vermieten. Heimweg 1, 2. Etg. 1535*

Verschiedenes

Nur einmal 601
schick und elegant sind die Frisuren im Damensalon von Arnold Goebel, Niederwall, zwischen Kaiser-Café und Café Royal.

Haarzöpfe
werden enge gefl. Stück 2 Mk., bei Frl. Ahrendschildt, Altstädter Straße 20.

Hautkrankheiten
sowie innere Krankheiten behandelt W. Hermann, Grabenstr. 22 (Jahnplatz). — Homöopathie! — Sprechstunden: Täglich 8—10 und 12—7 und Sonntags vormittags. 1495*

Uhren-
und Goldwaren-Reparaturen konkurrenzlos billig. Reinigen 1 Mk., Feder 75 Pfg., Glas 30 Pfg. Ingvar Aas, Herforder- und Zimmerstraßen-Ecke. 85

Haararbeiten.
Anfertigung sämtlicher Haarersatzteile von ausgekämmten Haaren, unter Garantie, daß sie auch verwendet werden. Paul Badelt, Gehrenberg 34. 10610

Stellen-Anzeiger

Hausierer,
redegewandter, für Kreis Bielefeld und Halle gesucht. Offert. unt. J. L. an die Exp. 1508*

Laufjunge, 1532*
für ganze Tage gesucht. Gebr. Gehrenberg, Grabenstr. 8.

Mein Bielefeld

95 ₰

Tages-Anzeiger

Wer meine Firma kennt, kennt meine Leistungsfähigkeit.

Was ich verkaufe, dient mir als Empfehlung!

◇

Beginn: Donnerstag vormittag 10 Uhr

Bekannt durch die Arten der Waren und die Zusammenstellungen, welche für den Preis von **95** Pfennig geboten werden.

Ausführliches Preis-Angebot morgen!

Wer meine Firma kennt, kennt meine Leistungsfähigkeit.

Was ich verkaufe, dient mir als Empfehlung!

◇

1544

Wer die „Volkswacht" unterstützt, ist wert, auch von den Leserinnen und Lesern der „Volkswacht" unterstützt zu werden.

Ein- u. Zweifamilienhäuser

in diversen Stadtgebieten sind unter günstigen Bedingungen zu verkaufen durch 1032

S. Katzenstein Söhne.

Abbruch

für die Gerichtsbauten. 113

Billig abzugeben: Gut erhalt. Haus- und Zimmertüren, Fenster, Schaufensterrahmen, Treppen, wenig gebraucht, **beschnittene gesunde Balken,** 13/24 cm stark, **Sparren,** 12/12 cm stark.

☛ **Näheres: Baustelle, Detmolderstraße 7.**

C. Steinkamp.

Billige Seefisch-Verkäufe

(unter städtischer Preiskontrolle)

veranstaltet die

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft

„Nordsee"

am **Donnerstag** auf dem **Wochenmarkte** und am **Freitag** auf dem **Siegfriedmarkte.**

Preise sind: 1539

Schellfisch	Pfund	**30 ₰**
Kabliau ohne Kopf	Pfund	**18 ₰**
Seelachs ohne Kopf	Pfund	**18 ₰**

☛ NB. Der Verkauf findet auf den bisherigen **städtischen Seefisch-Verkaufs-Ständen** statt.

Persil



das selbsttätige

Waschmittel

Kaffeeflecken

auch solche von Kakao, Tee, Obst, Blut, Tinte etc. herrührend, beseitigt spielend einmaliges Waschen in Persil.

Denkbar gründlichste Reinigung

bei grösster Schonung des Stoffes und garantierter Unschädlichkeit.

Ueberall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF.

Auch Fabrikanten der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda

Versteigerung.

Laut Auftrag werde ich **verziehungshalber** am **Freitag, den 28. Februar cr., vormittags 10 Uhr,** im Hause **Oelmühlenstraße 8,** 2. Etage, hier. 1527

3 Bettstellen mit Matratzen, 1 Kleiderschrank 1 Küchenschrank, 2 Tische, 1 Kommode, 1 Waschtisch, 6 Stühle, 1 Kochmaschine mit Zubehör, Porzellan, Glas u. Küchengeschirr, 1 Ofen, 1 Kinderwagen, 1 Grammophon mit Platten, eine Partie sehr gut erhaltene Noten f. Orchestrion „Frattie", eine Wanduhr und Verschiedenes

öffentlich meistbietend gegen bar versteigern. — Die Sachen sind gebraucht, aber sehr gut erhalten und können 1 Stunde vorher besichtigt werden.

Bielefeld, d. 25. Februar 1913.

August Schnelle, beeid. und öffentlich angestellter Versteigerer.

Heirat

Zwecks späterer Heirat wünscht manch junger Mann mit junger Dame bekannt zu werden, obschon beide

ohne Vermögen

sind. Wer sich in solcher Lage befindet, wende sich vertrauensvoll an das allseits bekannte Kredithaus L. Sachs Bielefeld, Rathausstr. 1, I., welches jedem bereitwilligst die erforderliche Brautausstattung und Wohnungseinrichtung auf Kredit gegen spielend leichte Teilzahlung liefert. 1300,a

---

Hochzeits-Einladungen

liefert **Buchdruckerei Volkswacht.**

Gute Bücher

empfiehlt als

Konfirmations-Geschenke

Buchhandlung „Volkswacht",

Bielefeld, Schulstrasse 20.

333

Brautbetten

in bester Ausführung.

H. Filges Sohn

- Heeperstraße 66. -

Telephon 2212.

Zwangs-Versteigerung.

Donnerstag, den 27. Febr., vormittags 10 Uhr, versteigere ich in der Auktionshalle, **Kaiser-Wilhelm-Platz 2,** hierselbst:

(1500) **75 Dtzd. Kragen,**
(1426) **100 Dtzd. Herren-Kragen,**
(1469) **ca. 10 Rollen Satin, ca. 20—25 Rollen Sammet, ca. 50 Dutzend gefärbtes Schafleder, 1 Pappschere, 1 Ritzmaschine, 1 Eckenausstoßmaschine, 1 Kreissäge mit Bohr, 1 Schleifmaschine, 1 Karton mit 150 Mtr. Atlasseide**

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung. Der Verkauf der Sachen unter Nr 1409 (des Satins, Sammet, Leder und der Maschinen usw.) findet **bestimmt** statt. 1543

Bielefeld, 25. Febr. 1913.

Lauenstein,
Gerichtsvollzieher.

Zwangs-Versteigerung.

Donnerstag, den 27. Febr., nachm. 3 Uhr, versteigere ich in d. Auktionshalle, **Kaiser-Wilhelm-Platz 2,** hierselbst:

(1412) **eine große Partie künstl. Blumen, Ranken, Zweige und Blätter, Totenkränze, Trauerschleifen, Trauerkarten, Schleifenband, Brautschleier, Braut- u. Konfirmandenkränze, 25 Stck. Straußfedern, weiß u. schwarz, Blumenvasen usw.**

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung. Der Verkauf findet voraussichtlich **bestimmt** statt.

Bielefeld, 25. Febr. 1913.

Lauenstein,
1542 Gerichtsvollzieher.

Uhren- u. Goldwaren-Reparaturen

werden solide u. billig ausgeführt.

Feder 1 Mark, Reinigen 1 Mark.

Carl Wagner,

Niederustr. 35. 71

Trauerbriefe mit Kouverts

liefert schnell, sauber und billig

Buchdruckerei „Volkswacht".

Nachruf.

Am Sonnabend nachmittag verschied unser Mitglied

Ferdinand Zekelsky

im Alter von 50 Jahren an Bronchialkatarrh. 1537

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Sozialdemokratischer Verein Bielefeld-Wiedenbrück.
Ortsgruppe Sieker.